Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 171. Dienstag, den 24. Juli 1917. 24. Jahrg.

Der Staatskapitalismus marschiert.

Von Otto Hue.

Daß der Krieg zu ungeheuren Vermögensverschiebungen führt, die Reichsten noch reicher, die Armen noch ärmer macht, wird ernstlich von keiner Seite mehr bestritten. In das Volksbewußtsein ist darum unausrottbar die Anschauung eingedrungen, nach dem Kriege müsse eine Neuordnung der Volkswirtschaft in der Richtung zum Sozialismus hin eintreten, damit es nicht einer durch die fabelhaften Kriegsgewinne übermächtig gewordenen privatkapitalistischen Oligarchie gelinge, sich zu ausschließlichen Herren Deutschlands zu machen. Diese Forderung wird nun keineswegs mehr nur von der Lohnarbeiterschaft erhoben, nein, sondern auch vertreten von zahlreichen Angehörigen der „besseren Bürgerschaft". Dem geschichtlich Gebildeten zumal ist es unschwer, sich vorzustellen, was aus dem deutschen Volke nach dem schauerlichen Aderlaß dieses Krieges unter der Zwingherrschaft eines Konzerns von Riesenkapitalisten werden müßte.

Im Volke findet man auch die Ueberzeugung, „unsere Regierung" könne die gemeingefährliche plutokratischen Tendenzen, welche durch die Kriegsfolgen in der Volkswirtschaft noch immer verstärkt ist, „nicht verborgen sein" und sie werde deshalb die nötigen gemeinnützigen „Vorkehrungen treffen". Allerdings trifft sie „Vorkehrungen", aber worauf laufen diese hinaus? **Offenbar noch auf eine ungeheure Verstärkung des Privatkapitalismus!**

Die einschlägigen Dezernate in der Reichsregierung sind zielbewußt dabei, die Großindustriellen möglichst lückenlos zu syndizieren und diese großkapitalistischen Syndikate zu „Wächtern über die öffentlichen Interessen" einzusetzen!

Was der Bundesrat durch seine Verordnung vom 12. Juli 1915 über die Bildung von Zwangssyndikaten in der Bergwerksindustrie eingeleitet hat, ist im Juni 1916 gesetzt worden durch zwei Verordnungen über die Zementindustrie. Die staatskapitalistischen Vorbereitungen erhielten neuerdings abermals durch eine von der Oeffentlichkeit leider fast gar nicht beachtete **Verordnung für die Zwangssyndizierung der Seifenindustrie** einen sehr charakteristischen Ausdruck und schon nähern sich die vertraulichen „Vorarbeiten" über Bildung eines **Zwangssyndikats für die Lederindustrie** mit Regierungshilfe einem für die privatkapitalistischen Interessen glücklichen Abschluß! Das Volk hofft auf eine die Großmacht des zur Gewaltherrschaft drängenden Trustkapitals brechende gemeinnützige Wirtschaftspolitik. Die „zuständigen" Regierungsstellen aber sind dabei, im Verein mit den „Beiräten" der zahlreichen „kriegswirtschaftlichen Organisationen" diese systematisch in die privatkapitalistische Syndikatswirtschaft zu überführen! Was da vorgeht, das sind Dinge von ungeheurer Tragweite für unsere Volkszukunft. Während auf den Schlachtfeldern noch um die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres staatlichen Gemeinwesens nach außen hin gerungen wird, umketten die zur Wahrung der Allgemeininteressen beamteten Konsuln unsere Innenwirtschaft mit der stärksten privatkapitalistischen Syndikats- und Trustbanden.

Ueber den anfangs lebhaft bestrittenen Alleinzweck der Bundesratsverordnung über die Zwangssyndizierung der Stein- und Braunkohlenwerke, das brüchige Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat zu stützen, ja enorm zu verstärken, ist heute, nach zwei Jahren, nachdem das Handelsmonopol der niederrheinisch-westfälischen Zechenherren etabliert ist, die Verordnung aber auf die übrigen Kohlenbecken, obgleich ihre Voraussetzungen dort nicht erfüllt sind, keine Anwendung fand, überhaupt nicht mehr zu streiten. Hätte diese Verordnung den offiziell angegebenen Zweck gehabt, dann waren die Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 24./28. Februar über die „Bewirtschaftung der Kohle" gegenstandslos.

Die Zementindustrie kann heute berichten, daß sich „Dank der Regierungshilfe" die vor dem Zerfall stehenden regionalen Zementkartelle bis zum Jahre 1915 eine einheitliche Basis erhalten haben. Die „natürlichen" Folgen dieser Regierungshilfe waren alsbaldige Preiserhöhungen. **Eben jetzt wird bekannt, daß der „Staatspreis" für Zement durchschnittlich von 400 auf 580 Mk. für je 10 000 Kilogramm, das sind rund 40 Prozent, ab 1. Juli erhöht worden ist!** Diese ungeheure Preissteigerung soll „nach den Bestimmungen des Reichskanzlers als eine vorübergehende Kriegs-Teuerungszulage" gelten. Aber die mit tatkräftigster Regierungshilfe zustande gekommene Syndizierung der Zementindustriellen wird schon dafür sorgen, daß die Preiserhöhung keine vorübergehende ist. Man stelle sich vor, was eine solche Verteuerung eines unentbehrlichen Baumaterials für unsere Wohnungsbauten bedeutet!

Auch die Zwangssyndizierung der **Seifenfabriken** ist nun durch eine Regierungsverordnung in die Wege geleitet worden. Alle Welt klagt über die ungeheuerlichen, in gar keinem Verhältnis zu den Selbstkosten stehenden Seifenpreise. Jetzt wird den Fabrikanten ein Syndikat beschert, mit dessen Hilfe die sogenannte „Stetigkeit der Preisbildung" durchgeführt, das Publikum auf wer weiß wie lange Zeit hinaus mit den Kriegspreisen belastet werden kann. Eine größere Zahl von Seifenfabriken ist während des Krieges infolge des Mangels an Rohstoffen (Fette und Oele) zum Stillstand gekommen. Nur eine relativ kleine Zahl von Großunternehmern wird von der betr. zentralen Rohstoffstelle beliefert. Für diese Fabriken soll die Zwangssyndizierung eintreten; ich zweifle nicht an dem Erfolg, nämlich an der möglichsten Hochhaltung der Kriegspreise noch lange nach Kriegsschluß. Dem Reichstag diene zur Kenntnis, daß die Verordnung über die Zwangssyndizierung der Seifenfabriken wieder ohne Berücksichtigung der Arbeitervertretung ergangen ist, obgleich sich der Reichstag anläßlich seiner Besprechung der Zwangssyndikatsordnung für die Kohlenzechen sehr mißfällig über die da ebenfalls zutage getretene einseitige Berücksichtigung der Industrie- und Handelsunternehmer aussprach und eine allerdings völlig unzulängliche Ergänzung der Verordnung vorschlug. Trotzdem ist die Seifensyndikatsverordnung wieder vom einseitigen Interessenstandpunkt aus abgefaßt worden. Man sieht daraus wieder, daß unsere Bureaukratie noch immer keinen Hauch von dem sozialen Geiste verspürt, der aus dem Volke heraus immer dringender auf Anerkennung drängt.

Nun stehen wir auch vor einer **Zwangssyndizierung in der Lederindustrie**, wie „man vernimmt", von der Reichsregierung „freundlich" unterstützt. Die „Vorarbeiten" dazu sind seit langem im Gange. Ob es tatsächlich auch hier zu einer förmlichen „Verordnung" kommt, um die etwa widerstrebenden Fabrikanten in das Syndikat zu zwingen, oder ob man einem „freiwilligen" privaten Syndikat die einstweilen noch ausschlaggebenden Heereslieferungen überträgt, wodurch natürlich die Außenseiter von selbst mitsyndiziert wären — gleich dem Absatzmonopol der agrarischen Spirituszentrale —, das ist noch in der Schwebe. Genug, was die Lederfabrikanten vor dem Kriege nicht zustande brachten: eine einheitliche Syndizierung, soll nun auf dem Wege über die „Kriegsorganisation der Lederindustrie" bewerkstelligt werden.

Hier haben wir abermals ein Beispiel dafür, wohin sich die nur für einen bestimmten Zweck und nur für die Kriegszeit geschaffenen „Kriegsorganisationen der Industrie" auswachsen. Die betreffenden Unternehmungen sind durch Reichszentralen „kriegswirtschaftlich" organisiert. Aber in die Zentralleitungen und Unterabteilungen sind von vornherein nur oder fast nur Vertreter der „Industrie" (im auch amtlichen Sprachgebrauch sind darunter nur die Unternehmer zu verstehen) als Mitarbeiter und „Beiräte" berufen. Die ausgewählten Interessenten haben den „kriegswirtschaftlichen" Betrieb eingerichtet, beherrschen ihn tatsächlich und so sind schon eine Anzahl „Industrien" zu zentralen Organisationen von einer früher nie erreichten Vollständigkeit gekommen. Was wunder, da die Interessenten zurzeit daran gehen, die so gewonnene Organisation als Ausgangspunkt für die privatkapitalistische Syndizierung zu benützen! Menschen sind wir alle und die Kriegserfahrungen haben uns sicherlich keine höhere Meinung von der Selbstlosigkeit des Profitheischenden beigebracht. **Eben darum müßte für eine gründliche Beschneidung des privatkapitalistischen Machtstrebens gesorgt werden**, andernfalls wird die „Uebergangswirtschaft" nur eine Ueberleitung zu einer unerhörten Plutokratisierung unserer Volkswirtschaft bedeuten.

Die etwaige Unterstellung, ich schöbe den in Frage kommenden Unternehmervertretern oder der Bureaukratie eine korrumpierte Gesinnung zu, weise ich entschieden zurück. Das den privatkapitalistischen Syndikaten freundliche Verhalten der Bureaukratie ist schon genügend erklärt durch das begreifliche Verlangen, möglichst bald aus den der Bureaukratie nicht liegenden, ihr unbequemen Geschäftsbetrieben heraus, so schnell wie nur eben angängig wieder in das altgewohnte Geleise hineinzukommen. Die Bureaukratie ist froh, wenn sie „mit dem ganzen Kram nichts mehr zu tun hat". Aus dieser Gemütsverfassung heraus werden auch die Bestrebungen der Unternehmergruppen, den „freien Handel" wieder einzuführen, begünstigt, um so mehr, da in den „kriegswirtschaftlichen Organisationen" nur höchst selten ein Vertreter der Arbeiter- und der Angestelltenschaft an leitender Stelle mitwirkt, dort die Volksmeinung also nur höchst selten zum Ausdruck kommt. In bestimmten, gerade den volkswirtschaftlich wichtigsten „Kriegswirtschaftsstellen" ist die Auslese der Berater überhaupt nur auf einen sehr kleinen Kreis von einflußreichen Vertretern der Hochfinanz, der Großindustrie und des Großhandels beschränkt worden. **Die wirkliche Volksstimmung wird hier gar nicht gehört, der Reichstag aber hat leider bisher diesen Vorbereitungsstätten des Staatskapitalismus und des privatkapitalistischen Zwangssyndikalismus nicht entfernt die dringend nötige Aufmerksamkeit geschenkt.**

Welche Folgen wird die angestrebte Zwangssyndizierung der Lederindustrie haben? Welche anders als die größtmöglichste Hochhaltung der Verkaufspreise für Lederwaren aller Art?! Ist der Regierung noch nichts bekannt geworden von der Volkserbitterung über die sündhaft hohen Preise für Schuhzeug? Die Interessenten natürlich „begründen" diese Preistreiberei mit den „gestiegenen Fabrikkosten". Gewiß sind auch diese gestiegen, aber welche Sprache reden die Werkbilanzen? Es machten (alles in Millionen Mark)

	Abschreibungen		Reingewinn		Durchschnittsdividende	
	1913/14	1915/16	1913/14	1915/16	1913/14	1915/16
20 Lederfabriken	2,30	21,05	6,35	21,24	6 Proz.	19 Proz.
11 Schuhfabriken	1,93	3,86	2,92	5,05	7 Proz.	13 Proz.

Diese enorme Gewinnvermehrung sagt uns auch, warum das Volk die kolossal erhöhten Schuhpreise zahlen muß. Auf die möglichst dauernde Beibehaltung dieser Profite laufen die Syndizierungsbestrebungen der Fabrikanten hinaus. Und die Regierung steht diesen Bestrebungen „freundlich gegenüber", ist bereit, wie bei Kohle, Zement, Seife, Spiritus usw. auch beim Leder, privatkapitalistischen Syndikaten Geburtshilfe zu leisten! Das also nennt sich „Uebergangswirtschaft"!

Auf einem Vulkan.

Um Kerenskis Stellung wird ihn gegenwärtig wohl sein ärgster Feind nicht beneiden. Er sitzt auf einem Vulkan, dessen Ausbruch täglich, ja stündlich zu erwarten ist und den er nun mit allen Mitteln zu meistern versucht. Ob es ihm gelingen wird? Wir möchten es bezweifeln, wenn wir uns die gewaltigen Kräfte vor Augen führen, die gegen Kerenski und die Regierung allüberall im Riesenreiche wühlen. Der schlimmste Feind ist das an der Ostfront zutage tretende Versagen der russischen Streitkräfte; die russischen Soldaten wollen sich nicht mehr abschlachten lassen. Sie fragen sich mit Recht: Für wen sollen wir unser Leben und unsere Gesundheit opfern? Sie wollen Frieden!

Welchen Umfang dieses Versagen russischer Truppen angenommen hat, erhellt am deutlichsten aus folgendem drahtlosen Telegramm, das das Komitee der geschlagenen elften russischen Armee nach Petersburg gerichtet hat:

Die deutsche Offensive, die am 19. Juli vor der Front der 11. Armee ihren Anfang nahm, entwickelt sich zu einer **furchtbaren Katastrophe**, die unter Umständen den Untergang des revolutionären Rußlands zur Folge haben kann. In der Stimmung der Truppen, die vor kurzem durch die heldenmütigen Anstrengungen der zielbewußten Minimalisten vorgeschoben wurden, vollzog sich ein scharfer, gefahrdrohender Umschwung. Die Angriffslust erschöpfte sich rasch. **Die meisten Truppenteile befinden sich im Zustand zunehmender Zersetzung.** Von Anerkennung der Vorgesetzten und von Subordination ist keine Rede mehr. Zureden und Belehren sind völlig wirkungslos geworden. Sie werden durch Drohungen, zuweilen durch Erschießen der Zuredenden beantwortet. Manche Formationen verlassen die Schützengräben, ohne das Herankommen des Feindes abzuwarten. In einigen Fällen wurde der Befehl, zur Unterstützung der Kämpfenden vorzurücken, mehrere Stunden hindurch in Versammlungen besprochen. Die Folge davon war eine Verspätung der Unterstützung um 24 Stunden. Wiederholt verließen die Truppen bei den ersten Schüssen ihre Stellungen. Hinter der Front ziehen sich kilometerweit Züge von Flüchtlingen mit und ohne Gewehr, gesund und frisch, aber frei von aller Scham, im Gefühl völliger Sicherheit vor Strafe. Zeitweilig entfernten sich ganze Truppenteile. Die Mitglieder des Armee- und Frontkomitees erkennen an, daß die Lage die äußersten Mittel und Anstrengungen erfordern und daß man vor nichts Halt machen darf, um die Revolution vor ihrem Untergang zu retten. Heute haben die Oberbefehlshaber der Südwestfront und der Kommandeur der 11. Armee in Uebereinstimmung mit den Kommissaren und Komitees Befehl erlassen, **auf die Fliehenden zu schießen.** Das ganze Land soll die volle Wahrheit über die vor sich gehenden Ereignisse erfahren. Es soll erschaudern und in sich selbst Entschlossenheit finden, sich auf diejenigen zu stürzen, die kleinmütig die Revolution vernichten.

Würde Kerenski diese hier geschilderten Zustände — die allerdings jetzt für Rußland eine Katastrophe herbeiführen können — beseitigen können, dann hätte er wahrscheinlich gewonnenes Spiel. Dann wäre er der „Retter seines Vaterlandes". Das erkennt auch die Regierung und deshalb erläßt sie folgende Erklärung:

„Bürger! Die Stunde der Gefahr hat geschlagen! Die Heere des deutschen Kaisers haben **die Front der nationalen revolutionären Armee Rußlands durchbrochen.** Diese furchtbare Tat wurde ihnen erleichtert durch den verbrecherischen Leichtsinn und den blinden Fanatismus gewisser Leute und durch den Verrat anderer. Die einen wie die anderen haben das neue freie Rußland bis in seine Grundfesten mit Verwirrung und Zerfall bedroht. In diesem Augenblick der Gefahr könne sich, unter Ausnutzung der allgemeinen Unordnung und verborgener Kräfte, eine Gegenrevolution erheben. Die neugebildete vorläufige Regierung lege sich klar Rechenschaft ab über die **Verantwortung, die mit ganzer Schwere auf ihren Schultern ruht.**

Aber die Regierung ist erfüllt von dem festen Vertrauen in die Kräfte des ganzen großen russischen Volkes. Die Regierung vertraut auf die schnelle Gesundung des politischen Lebens des Landes. Nachdem die ansteckende Krankheit, die den nationalen Organismus erschütterte, sich gezeigt und in eine akute Krise aufgelöst hat, glaubt die Regierung fest, daß diese Krise zur Heilung und nicht zum Tode führen wird. Stark in diesem Glauben, ist die Regierung zum Handeln bereit und sie wird mit aller Tatkraft und Entschlossenheit handeln, die die augenblicklichen außergewöhnlichen Verhältnisse erfordern. Die Regierung erblickt ihre nächste hauptsächlichste Aufgabe in der **Anwendung aller Kräfte zum Kampf gegen den äußeren Feind und zur Verteidigung der neuen Regierungsform gegen alle anarchistischen gegenrevolutionären Anschläge,** ohne vor den **strengsten Maßnahmen** Halt zu machen. Gleichzeitig wird sie durch ihre äußere Politik von neuem bestätigen, daß die revolutionäre Armee nur in den Kampf ziehen kann mit der festen Ueberzeugung, daß **nicht ein Tropfen Blutes eines russischen Soldaten vergossen wird für Ziele, die dem Rechtsgefühl der Demokratie fremd sind und die sie offen vor der ganzen Welt als ihre friedliche Lösung ausgab.** Zu diesem Zweck hat die Regierung in Ausführung der Grundsätze der äußeren Politik, die in der Regierungserklärung vom 19. Mai dargelegt waren, die Absicht, die **Alliierten** zu einer **Konferenz im August** einzuladen, um die **allgemeine Orientierung der äußeren Politik der Alliierten festzustellen** und ihre Handlungen, betreffend die Anwendung der von der russischen Revolution verkündeten Grundsätze, in Einklang zu bringen.

Auf dieser Konferenz wird Rußland außer durch Diplomaten auch durch Vertreter der russischen Demokratie vertreten sein. In Fortführung der Arbeit des staatlichen Wiederaufbaues, wie auch auf anderen Gebieten auf den in der Erklärung vom 19. Mai ausgesprochenen Grundlagen, hält es die Regierung für unerläßlich, sofort eine Reihe Maßnahmen zu treffen, die diese Grundsätze in die Tat umsetzen. Die Regierung wird alle Maßnahmen treffen, damit die Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung an dem festgesetzten Tage, am 30. September, stattfinden und damit die vorbereitenden Anordnungen zur Sicherung der Freiheit bei den Wahlen rechtzeitig verwirklicht werden. Eine möglichst schleunige Einführung der Selbständigkeit der Gemeinden und Semstwos auf der Grundlage des allgemeinen, direkten, gleichen und geheimen Wahlrechts, sowie die Ausdehnung dieses Grundsatzes auf das ganze Land, bilden die Hauptfragen der Regierung auf dem Gebiete der inneren Politik. Indem sie gleichzeitig besondere Wichtigkeit der Schaffung von örtlichen Organen beilegt, die das Vertrauen der ganzen Bevölkerung genießen, wird sich die Regierung von jetzt an in der Frage der Einrichtung örtlicher Behörden an die Vertreter örtlicher und sozialer Einrichtungen wenden, die gemeinsam die Organe einer Reihe von Provinzen zusammenfassender Bezirksverwaltung bilden sollen. In ihrem Bestreben, **die Grundsätze bürgerlicher Gleichheit im Leben des Landes in die Praxis umzusetzen,** wird die Regierung demnächst Anordnungen veröffentlichen, die die **Klassen und Ränge der Beamten und Auszeichnungen abschaffen,** ausgenommen solche für hohe militärische Verdienste. Um gegen die **militärische Verwirrung kräftig anzukämpfen** und um weitere Maßnahmen zum Schutze der Arbeit zu treffen, werden der wirtschaftliche Beirat und der allgemeine wirtschaftliche Ausschuß bei der Regierung unverzüglich ihre Arbeiten beginnen, indem sie einen allgemeinen Plan der nationalen und wirtschaftlichen Organisation und der Arbeit ausarbeiten, einen Gesetzentwurf und Maßnahmen vorbereiten, die das Wirtschaftsleben regeln. Auf dem Gebiete der Arbeiterpolitik werden unter anderm Gesetze über Arbeitsbörsen und Schiedsgerichtskammern ausgearbeitet werden. Man ist dabei, Gesetze, betreffend den **achtstündigen Arbeitstag, Schutz der Arbeit und Einführung aller Arten sozialer Versicherungen** und ihrer Ausdehnung auf jede Art besoldeter Arbeit auszuarbeiten. Die Maßnahmen der Regierung in der Agrarfrage werden, wie bisher, bestimmt durch die Ueberzeugung, daß in der Uebereinstimmung mit den Grundforderungen unserer nationalen Wirtschaft und den wiederholten Wünschen der Bauern, sowie den von allen demokratischen Parteien des Landes aufgestellten Programmen, die zukünftige Agrarreform ausgehen muß von dem Grundsatz der **Ueberlassung des Landes an die Arbeiter.** Auf dieser Grundlage wird ein Entwurf der Agrarreform ausgearbeitet, der der verfassunggebenden Versammlung unterbreitet werden soll. Die Maßnahmen, die die Regierung ungesäumt treffen wird, werden sich beziehen: 1. auf das völlige Aufgeben der früheren Agrarpolitik, die das Land völlig zerrüttete; 2. auf den vollen Schutz der Freiheit der verfassunggebenden Versammlung bei der Verteilung des Grund und Bodens; 3. auf die Regelung der Bodenverhältnisse mit Rücksicht auf die Interessen der Landesverteidigung und der Ernährung des Landes mittels Ausdehnung und fester Verbindung des Netzes von Agrarausschüssen; 4. vermittelst einer ähnlichen gesetzlichen Regelung der Grundbesitzverhältnisse und die Beseitigung der ernsten Gefahr, die für den Staat und die künftige Agrarreform in gewaltsamen Aneignungen und anderem ähnlichen willkürlichen Vorgehen liegt und die darauf abzielen, die Landbedürfnisse zu befriedigen und dem Grundsatz des Regierungsplanes für die künftige Agrarreform entgegengesetzt sind.

Indem die Regierung diese Probleme aufzählt, hält sie sich für berechtigt, bei ihrer schweren, verantwortungsvollen Arbeit auf die ergebene Unterstützung aller lebendigen Kräfte des Landes zu bauen und sie fordert von ihnen das Opfer ihres gesamten Besitzes, ja selbst ihres Lebens für das große Werk des Wohls des Landes, das **aufgehört hat, für die es bewohnenden Völker eine grausame Rabenmutter zu sein,** für das Land, das sich bemüht, sie alle auf der Grundlage vollkommener Freiheit und Gleichheit zu vereinigen."

Das ist alles recht nett und gut! Aber die russischen Soldaten werden sich die Fragen vorlegen: Können wir das alles nicht haben, ohne weiterhin unser Blut zu vergießen? Müssen, um das zu erreichen, erst wieder Tausende und aber Tausende von Menschen dahingemordet werden? Wir glauben also kaum, daß diese Erklärung ihren **Zweck erreichen** wird, ebensowenig wie folgender Aufruf der Regierung an die Operationsarmee:

„Vor drei Wochen ergriffen die Armeen der Südwestfront auf Befehl des Kriegsministers unter dem Oberbefehl des Generalissimus in dem mutigen revolutionären Schwung die Offensive. Mehr als 30 000 Gefangene, mehr als neunzig Kanonen und mehr als vierhundert Maschinengewehre wurden von dieser Armee erbeutet. Die glorreichen Bezeichnungen der „Regimenter des 18. Juli" werden hinfort in der neuen Revolution verzeichnet sein. Diese Helden stellten über ihr eigenes Leben, Ehre und Besitzen eines freien Vaterlandes und das Wohl der russischen Revolution, die bedroht war der Front von den Wilhelm ergebenen Bajonetten und im Hinterlande durch verräterischen Aufruhr. Der Aufruhr im Innern wurde durch die Macht des Volkes zu Boden gestampfet, doch besteht noch eine große Gefahr die Revolution. Nach der Zusammenziehung seiner Kräfte ging der äußere Feind seinerseits zum Angriff über, und daß sein Plan, die Front durchbrechen und gleichzeitig der Krieg im Hinterlande losgehen konnte, schließt alle diejenigen noch mehr zusammen, für die Rußland und seine Freiheit nicht eitel Worte sind. Die Truppen der revolutionären Armee, Eure Brüder, die mit roten Bannern in den Kampf gezogen sind, rufen Euch zu, sich ihnen anzuschließen, um gemeinsam für die Verteidigung der Freiheit zu kämpfen im Namen gerechter Bedingungen für einen honetzhaften Frieden, nach dem Willen des revolutionären Rußlands und auf Befehl Eurer militärischen Brüder. Vorwärts die Reihen! ohne auf Feiglinge und Vaterlandsverräter zu achten, rettet die Freiheit! rettet das Vaterland!"

Angesichts dieses Aufrufes ist wohl die Frage erlaubt: **Wer bedroht denn die Freiheit und das russische Vaterland?** Etwa die Denjenigen, die doch bereit waren, mit Rußland in Verhandlungen über die Beendigung des Mordens einzutreten? Man sollte doch auf jener Seite nicht mit Verdrehungen operieren!

Als Verdrehung müssen wir es auch bezeichnen, wenn jetzt Kerenski deutsche Agenten verantwortlich macht für das entstandene Chaos und für einzelne Episoden in demselben, wie es in folgendem Tagesbefehl geschieht:

„Sein Beginn der Revolution in Kronstadt und auf gewissen Schiffen der Ostseeflotte unter dem Einfluß von deutschen Agenten und von Provokateuren traten Personen auf, die zur Tat aufforderten, indem sie die Revolution und die Sicherheit des Vaterlandes bedrohten. Während unsere tapfere Armee sich heldenhaft opferte, sind Kronstadt und mehrere Schiffe ihren Kameraden in den Rücken gefallen, indem sie einen Beschluß gegen die Offensive annahmen, zum Ungehorsam gegen die revolutionäre Gewalt, dargestellt durch die vorläufige Regierung, aufforderten und versuchten, einen Druck auszuüben auf den Willen der demokratischen Organe Rußlands. Gleichzeitig mit der Offensive unserer Armee brachen in Petersburg die Unruhen aus. Als auf Befehl der vorläufigen Regierung, der im Einvernehmen mit dem Vollzugsausschuß des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates erlassen war, Schiffe der Flotte bestimmt wurden, schnell und entscheidend gegen die Seelente von Kronstadt vorzugehen, die an diesen Unruhen in Petersburg teilnahmen, riefen die Feinde des Volkes und der Revolution, indem sie sich des Hauptausschusses der Ostseeflotte bedienten, durch lügenhafte Auslegung dieser Maßregeln unter der Mannschaft Unruhen hervor. Diese Bemühungen hinderten die Entsendung von der Revolution ergebenen Schiffen nach Petersburg sowie die zur schnellen Unterdrückung der vom Feinde angestifteten Unruhen erforderlichen Maßnahmen. Sie verleiteten die Mannschaft zu einem willkürlichen Vorgehen, nämlich den Generalkommissar absetzen, die Verhaftung des Adjutanten des Marineministers und des Kapitäns Dubrow zu beschließen und eine Reihe von Forderungen an den Arbeiter- und Soldatenrat zu richten. Die verräterische Tätigkeit einer Reihe von Personen zwang die vorläufige Regierung die **unverzügliche Verhaftung der Anstifter** zu befehlen. So ließ die Regierung die **Abordnung der Ostseeflotte in Petersburg feststellen.** In Anbetracht des Vorgehen befehle ich: Unverzüglich den **Hauptausschuß der Ostseeflotte aufzulösen** und einen neuen zu wählen und innerhalb von 24 Stunden die Anstifter festzunehmen und sie zur Untersuchung und Aburteilung nach Petersburg zu bringen sowie die Versicherung vollständigen Unterwerfung unter die vorläufige Regierung abzugeben. Ich erkläre den Abteilungen von Kronstadt und den Mannschaften dieser Schiffe, daß sie, wenn sie diesen Befehl nicht ausführen, **als Feinde des Vaterlandes und der Revolution erklärt und die schärfsten Maßnahmen gegen sie ergriffen werden."**

Kerenski scheint sich noch nicht völlig klar darüber zu sein, daß allzu scharf schartig macht. Etwas hat er sich auch bereits wieder rektifizieren müssen, indem er auf Verlangen des Zentralkomitees des Arbeiter- und Soldatenrats die verhaftete Abordnung der Mannschaften der Ostseeflotte wieder freigelassen hat.

Uns scheint, Kerenski spielt mit seiner Gewaltpolitik ein Spiel, das ihm und, was das schlimmste ist, dem freien Rußland außerordentlich gefährlich werden kann.

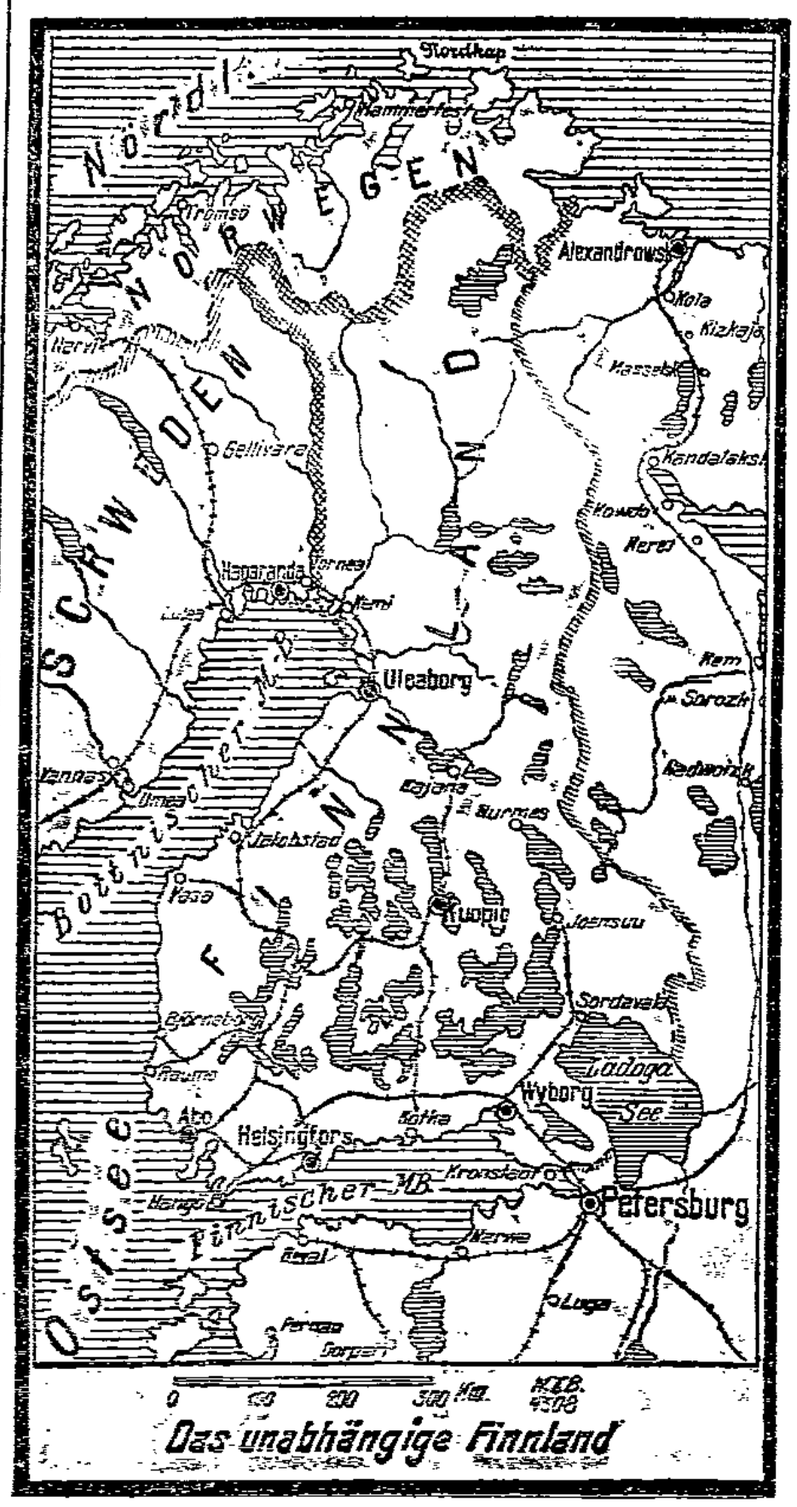
Ueber Zürich wird aus Petersburg berichtet: Ein Flugblatt der „Prawda" wendet sich in einem Aufruf an das Volk gegen die Diktatur Kerenskis, der gefährlicher zu werden drohe als der frühere Zar. Der Aufstand in Petersburg wächst stündlich.

*

Im russischen Ministerrat hat man sich auch bereits mit der Frage der Verkündung der Republik befaßt. Eine Meldung der Petersburger Telegraphenagentur vom 23. Juli hierüber besagt: In der Vormittagssitzung des Ministerrats erfuhr die Ministerkrise ein Teillösung. Es wurde festgestellt, daß das Auseinandergehen der Ansichten über die Verkündung Rußlands zur Republik hauptsächlich daher rührt, daß einige Kabinettsmitglieder die Veröffentlichung eines Aktes verlangen, der sofort erklärt, daß Rußland ein republikanischer Staat ist, während die Erklärung, die jetzt über diese Frage ausgearbeitet wird, im Hinblick auf die Genehmigung durch die verfassungsgebende Versammlung lediglich eine vorbereitende Maßnahme zur Verkündung der russischen Republik darstellt und die beabsichtigte Erklärung in keiner Weise in die Vorrechte der verfassungsgebenden Versammlung eingreift. Alle Mitglieder der bleibenden Regierung wurden sich hierüber einig. Ebenso über die augenblickliche Untunlichkeit, in dem schwierigen Augenblick der Bedrängung unserer Front die grundsätzliche Frage aufzuwerfen, nämlich, ob es nötig ist, die Duma und den Staatsrat aufzulösen, oder nicht, da diese Frage für die Richtlinien des Handelns der Regierung keine ausschlaggebende Bedeutung hat.

Das unabhängige Finnland.

Das Land der Seen und Sümpfe, das in vorgeschichtlicher Zeit von den Lappen bewohnt war, wurde etwa um das Jahr Tausend von mehreren Stämmen der Finnen unterworfen. Nach ihrer Bekehrung zum Christentum im 12. Jahrhundert bildete Finnland einen Teil Schwedens, doch erhoben sich bald hartnäckige Kämpfe mit den Russen, in denen das arme Land verwüstet und zum ständigen Zankapfel zwischen beiden nordischen Staaten wurde. Erst der russisch-schwedische Krieg 1808/09 hatte die endgültige Trennung Finnlands von Schweden zur Folge. Den Finnen wurde in feierlichem Manifest zwar die Unverletzlichkeit der Religion und der Grundgesetze des Landes gelobt, doch machten sich bald panslawistische Strömungen geltend und Angriffe auf Finnlands innere Selbständigkeit wurden — bald versteckt, bald mit brutaler Offenheit — immer



häufiger. Durch das berüchtigte Februar-Manifest im Jahre 1899 beseitigte der Zar trotz aller Petitionen und Proteste die finnländische Autonomie völlig, machte aus dem gesetzgebenden Landtag eine nur beguachtende Ständeversammlung und sanktionierte 1901 die Wehrvorlage. Unsichere politische Zustände und eine Massenauswanderung waren die Folge. Trotz aller Widerstände nahm aber die Russifizierung Finnlands und damit allerdings auch die Erbitterung der Finnen ihren Fortgang, bis jetzt endlich dem gequälten Lande die Freiheit zu winken scheint. Nun hat der finnische Landtag den Gesetzentwurf über die Autonomie Finnlands angenommen und an dem Entschluß der Finnländer, die nach einer bald 30jährigen furchtbaren Leidenszeit wiedergewonnene Freiheit zu verteidigen, ist jedenfalls nicht zu zweifeln.

Die Kämpfe im Osten.

In Ostgalizien blieb die kraftvolle Vorwärtsbewegung auch am 22. Juli im Fluß. Das ungestüme Nachdrängen unserer Truppen brachte die russische Front von Tarnopol bis zu dem Karpathengelände ins Wanken. Unsere Truppen zwischen Brzezany und Halicz sind ebenfas im Vorgehen. Die Zahl der Gefangenen steht noch nicht sicher fest. 47 Geschütze, darunter eine große Anzahl schwere, wurden eingebracht. Vielerorts fielen bedeutende Mengen von Nahrungsmitteln und Munition in die Hände der Verfolger. Die Versuche der Russen, das Munitionslager in Jezierna in die Luft zu sprengen, gelang nur zum Teil. Gewaltige Bestände blieben unzerstört. Bereits am Vormittag des 21. Juli trafen deutsche Lastzüge ein, um sie zur eigenen Verwendung abzutransportieren. Auch die riesigen Verpflegungsvorräte in Jezierna konnten die Russen nur teilweise durch Uebergießen mit Petroleum unbrauchbar machen. Bereits gegen Mittag des 21. Juli waren die Ortschaften Hegowa und Kozlow, 10 Kilometer südwestlich und westlich von Jezierna erobert. Während unsere Truppen bereits bis 9 Kilometer gegen die Stadt Tarnopol vorgedrungen waren, die seit Beginn des ersten Kriegsjahres in russischen Händen ist. Von den genommenen Höhen sahen die Verfolger deutlich den Kirchturm von Tarnopol. Weder durch zusammengefaßtes Feuer auf die große Landstraße, noch durch starke Gegenangriffe vermochten die Russen den deutschen Vormarsch aufzuhalten. Auch der Vorstoß mit von Tarnopol herangeführten Panzerautos schlug fehl. Das Sperrfeuer der deutschen Geschütze zwang die Panzerwagen zur raschen Umkehr. Der 22. Juli brachte abermals einen gewaltigen Raumgewinn für die Verfolger. Am östlichen Strypa-Ufer vorgehende Kolonnen erreichten bereits in der Nacht zum 22. Juli mit Kavallerie bei der Station Denysow an der Strypa die Eisenbahnlinie Kozow—Tarnopol. Die ostwärts abziehenden russischen Kolonnen wurden häufig mit vernichtender Wirkung von unserer Artillerie gepackt. Auf allen Straßen und Wegen liegen Reihen russischer Gefallener verstreut. Ein Eisenbahnzug, der nach Osten zu entkommen suchte, wurde vor Denysow von Ulanen und Jägern zur Umkehr gezwungen. Außer Unmengen von Munition und Lebensmitteln wurden hier sechs schwere Flachbahngeschütze erbeutet, die am Bahnhof zum Verladen bereit standen. Am Vormittage des 22. Juli wurde die Bahnlinie von der Infanterie in breiter Front überschritten. Obwohl die zahlreichen Verteidigungsanlagen am östlichen Strypa-Ufer mit ihren weitausgedehnten und noch völlig intakten Drahthindernissen vorzügliche Gelegenheit zur abschnittsweisen Verteidigung boten, leisteten die Russen nirgends ernsthaften Widerstand. Ihre Nachhuten wurden überall geworfen. Weithin am Horizont sah man zu beiden Ufern der Strypa die weichenden russischen Kolonnen, deren Rückzug stellenweise zur Flucht ausartete. Das warme, trockene Wetter begünstigte das rasche Vordringen unserer Truppen. Die Wege haben sich gebessert. Die Feldbatterien ziehen mit der vordersten Infanterie und auch die schwere Artillerie bis zu den schwersten Kalibern wird mit bemerkenswerter Schnelligkeit nachgezogen. Vor Tarnopol leisteten die Russen hartnäckigen Widerstand. Auf den Höhen östlich der Stadt hatten sie große Massen schwerer und leichter Artillerie zusammengezogen. Am Morgen des 22. Juli erreichte die deutsche Infanterie den vor Tarnopol seeartig erweiterten Sereth. Die russische Artillerie überschüttete das Westufer dieses Flusses mit einem Hagel von Schrapnells und Granaten. Gleichzeitig eröffneten zahlreiche Maschinengewehre, die auf dem Kirchturm und den hohen Gebäuden der Stadt aufgestellt sind, ein heftiges Feuer.

Nach dem gestrigen deutschen Abendbericht reihen sich in Ostgalizien in raschem Fortschritt Erfolg auf Erfolg.

Der russische Heeresbericht vom 22. Juli lautet über diese Kampffront: Südwestlich Dünaburg, in Richtung Wilna und Baranowitschi Artilleriefeuer auf beiden Seiten. Westlich Tarnopol setzte der Feind die Offensive in der allgemeinen Richtung Tarnopol und mehr südlich längs der Strypa fort. **Unsere Truppen, die den Befehlen ihrer Anführer jeden Gehorsam verweigerten, zogen sich weiter über den Sereth zurück und ergaben sich hier und da dem Feinde.** Einzig und allein die 155. Infanterie-Division leistete dem Gegner Widerstand in der Gegend von Doljanke und Domomorytsche, desgleichen die Panzerautomobile, die deutsche Kavallerie auf der Straße Tarnopol beschossen.

Am Abend des 21. Juli hielten sich unsere Truppen am Sereth auf der Front Zalotsche-Tarnopol-Maschkowtse. Das Dorf Zagorbellit, ein Vorort Tarnopols, ist in die Hände der Feinde übergegangen, trotz unserer erdrückenden Ueberlegenheit an Streitkräften und technischen Mitteln. — **In allen Angriffsabschnitten dauert unser Rückzug ununterbrochen fort. Unseren Truppen fehlt es völlig an Standhaftigkeit.** Sie erörtern unaufhörlich die Frage, ob diese oder jene Staatsform durchzuführen sei und leihen aufmerksames Gehör der verbrecherischen Propaganda der maximalistischen Sozialdemokraten. Auf dem Lomnica-Ufer, in der Gegend des Dorfes Babin und von Sdonzianke ergriff der Feind nach Artillerievorbereitung die Offensive und zwang unsere Truppen, die das Dorf Babin hielten, auf das rechte Lomnica-Ufer hinüberzugehen.

Die Kriegslage.

Berlin, 23. Juli, abends. (Amtlich.)

Die Artillerieschlacht in Flandern ist unvermindert.

Starke russische Angriffe südwestlich Dünaburg sind gescheitert.

In Ostgalizien reiht sich in raschem Fortschritt Erfolg an Erfolg.

*

Wien, 23. Juli. (Amtlich.)

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen.

Stellenweise starker Geschützkampf.

Heeresfront des Generaloberst Erzherzog Josef.

Zwischen Susita-Tal und der Dreiländer-Ecke lebte die Gefechtstätigkeit erheblich auf. Der Feind unternahm an mehreren Stellen Angriffe; er wurde überall zurückgeschlagen.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die verbündeten Truppen erreichten in siegreichem Vordringen bei Tarnopol den Sereth und überschritten die Bahn Kosow-Ostrow beiderseits der Strypa in breiter Front. Die Russen brechen auch an der Narajowka ab. Die Rückwirkung des Sieges greift auf das Süduser des Dnjestr bis zu den Karpathen hin über. Ueberall räumte der Feind seine Stellungen.

Italienischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Frankreich und Belgien.

Die Ententekonferenz in Paris

wird nach einer offiziösen Meldung von Frankreich, England, Italien und Rußland beschickt werden; Serbien, Griechenland und Rumänien dürfen mit beratender Stimme an dieser Konferenz, die sich hauptsächlich mit Balkanfragen befassen soll, teilnehmen.

*

Begnadigungen in Belgien.

Der Generalgouverneur von Belgien wandelte die vom Feldgericht des Gouvernements Antwerpen über fünf Flamen verhängte Todesstrafe in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe um.

*

Vertrauensvotum des französischen Senats.

Der Senat hat einstimmig mit 248 Stimmen folgende Tagesordnung angenommen: „Der Senat bezeugt wie in früheren Tagen den tapferen Armeen der Republik und der Alliierten zu Lande und zu Wasser die Dankbarkeit der Nation. Er begrüßt die Ankunft der ersten amerikanischen Regimenter, billigt die Regierungserklärungen über die Führung der allgemeinen Politik und des Krieges und vertraut darauf, daß die Regierung die Ordnung, Gerechtigkeit und Manneszucht sicherstellen und Strafen für die Fehler in Anwendung bringen wird, und zwar Strafen, die alle Grade der militärischen Beamtenschaft umfassen sollen, damit die materiellen und moralischen Bedingungen des Lebens der Soldaten verbessert werden und damit ein gutes Arbeiten des Gesundheitsdienstes erzielt wird. Endlich vertraut der Senat darauf, daß die Regierung im Einvernehmen mit den Alliierten eine Verteilung der gemeinsamen Kräfte vornehmen wird, die gestattet, unsere militärischen Anstrengungen mit unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen in Einklang zu bringen. Der Senat rechnet auf die Festigkeit der Regierung, um die Unterdrückung der verbrecherischen Propaganda gegen die Manneszucht und die Sicherheit des Landes sicherzustellen, indessen unter voller Wahrung der öffentlichen und sozialen Freiheiten. Der Senat gibt der Regierung den Auftrag, alle Maßregeln zu ergreifen, um den Sieg der freien Völker über die Mittelmächte zu beschleunigen."

Debieuxe erklärte, die Lehren der Vergangenheit müßten in Zukunft beherzigt werden, um der Armee und dem Lande volles Vertrauen einzuflößen, daß sich die Fehler nicht wiederholten. Er verlangte die Bestrafung der Schuldigen und machte die Regierung für die begangenen Fehler verantwortlich. Painleve erkannte an, daß Fehler begangen worden seien, und erklärte, er habe nach den ihnen zugrunde liegenden Ursachen gesucht, betonte aber besonders die ungeheure Schwierigkeit der zu bewältigenden Aufgabe. Er sagte, daß die französisch-englischen Armeen den gesamten deutschen Kräften, die drei Monate frei gewesen seien, überall die Stirn geboten hätten. Nirgends seien die deutschen Heere vorgedrungen, und überall, wo sie angegriffen wurden, seien sie zurückgegangen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Ein neuer Feind?

Reuter meldet aus Bangkok: Siam erklärte, daß der Kriegszustand mit Deutschland und Österreich-Ungarn besteht. Alle Deutschen und Österreicher wurden verhaftet; die Handelshäuser geschlossen. Neun Dampfer mit einem Tonnengehalt von 18 965 Brutto-Reg.-Tonnen wurden beschlagnahmt.

Dazu wird aus Berlin mitgeteilt: Bei hiesigen amtlichen Stellen liegt eine Bestätigung der Nachricht bis jetzt nicht vor. Bekannt ist allerdings, daß besonders England und Frankreich seit langem mit allen Mitteln auf Siam drücken, um es zum Bruch mit uns zu bewegen. Immerhin ist die Reutermeldung mit Vorsicht aufzunehmen, insbesondere auch hinsichtlich der sensationell aufgemachten Einzelheiten über das angebliche Vorgehen Siams gegen deutsche und österreichische Staatsangehörige und deren Eigentum.

Der amtliche Kriegsbericht.

Gewaltige russische Niederlagen an der ganzen Front.

WTB. Großes Hauptquartier, 24. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Die Artillerieschlacht in Flandern tobt in noch nicht erreichter Stärke Tag und Nacht weiter. Die Erkundungsvorstöße gegen unsere Front mehren sich.

Zwischen dem Kanal von La Bassee und Lens hält das lebhafte Feuer an. Beiderseits von Hulluch blieben nächtliche Aufklärungsunternehmen des Feindes ohne Erfolg.

Front Deutscher Kronprinz

Am Chemin des Dames griffen die Franzosen bei Cerny wieder die kampfbewährte 15. Infanteriedivision an, die bisher keinen Fußbreit von ihrer im Angriff gewonnenen Stellung verlor. Das aus Westfalen und Lipppern bestehende Infanterie-Regiment 55 hat in letzter Zeit 21 Angriffe der Franzosen zurückgeschlagen.

Auf dem rechten Maasufer drangen am 23. Juli Teile badischer Regimenter in den stark verschanzten Courriereswald ein, fügt nedem Feinde schwere Verluste zu und kehrten mit zahlreichen Gefangenen zurück.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Die gesamte Ostfront zwischen Ostsee und Schwarzen Meer steht im Zeichen erbitterter Kämpfe und großer Erfolge der deutschen und verbündeten Waffen!

Bei der

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

und bei der

Heeresgruppe des Generalobersten von Eichhorn.

griffen die Russen bei Jakobstadt abends vergeblich an, nachdem am Morgen ein Angriff in breiter Front durch unser Vernichtungsfeuer im Entstehen niedergehalten worden war.

Südwestlich von Dünaburg führten sie nach starker Artilleriewirkung 6 Divisionen 5mal tiefgegliedert gegen unsere Linie, die völlig behauptet wurde.

Nach harten Kämpfen mußte der Gegner unter ungeheuren Verlusten weichen.

Auch bei Krewo stürmten die Russen vormittags erneut in 5 Kilometer Breite an. Sie wurden zurückgeschlagen. Das Dorf Krewo ist wieder in unserer Hand. Im ganzen hatte der Feind südlich von Smorgon mit 8 Divisionen, deren Regimenter sämtlich von Gefangenen und Toten in der Front festgestellt werden konnten, angegriffen. Nur Trümmer sind zurückgekehrt.

Heeresgruppe des Generalobersten Boehm-Ermolli.

Die strategische Wirkung unserer Operationen in Ostgalizien wird immer gewaltiger. Auch von der Nordkarpathenfront weicht der Russe.

Vom Sereth bis in die Waldkarpathen sind wir in einer Breite von 250 Kilometern im Vorwärtsdrängen.

Unsere siegreichen Armeekorps haben den Serethübergang südlich von Tarnopol erkämpft.

Bei Trembowla wurden verzweifelte Massenangriffe der Russen zurückgeworfen.

Podhajce, Halicz und die Linien der Bistrcysca-Solotwinska sind überschritten.

Die Beute ist bisher nicht zu übersehen.

Mehrere Divisionen melden je 3000 Gefangene, zahlreiche schwere Geschütze bis zu den größten Kalibern, Eisenbahnzüge voller Verpflegung und Schießbedarf, Panzerzüge und Kraftwagen, Zelte, Baracken und jegliches Kriegsgerät sind erbeutet und legen Zeugnis ab von dem übereilten Rückzug des Feindes.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

Der Nordflügel hat sich der südlich des Dnjestr begonnenen Bewegung angeschlossen.

Längs der ganzen Front starke Feuertätigkeit des Gegners.

Beiderseits der Bistrcysca und südlich des Toelgyes-Passes wurden russische Vorstöße abgewiesen.

Gesteigertem Feuer zwischen Trotus- und Putna-Tal folgten auf breiten Abschnitten Versuche der Russen und Rumänen, zum Angriff vorzubrechen. Fast überall hielt unsere Artilleriewirkung den Feind in seinen Gräben nieder. Wo er herauskam, ist er zurückgeschlagen worden.

Heute früh sind dort neue Kämpfe entbrannt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Auch längs Putna und Sereth schwoll der Feuerkampf zu erheblicher Stärke an. Mehrfach gingen russisch-rumänische Sturmtruppen zum Angriff vor. Sie brachen schon in unserem Feuer zusammen.

Mazedonische Front.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Herr von Liebert.

Der Krieg legt dem deutschen Volke viele schwere Entbehrungen auf. Unter den Opfern, die wir bringen mußten, haben wir am leichtesten das ertragen, daß General v. Liebert sich nicht mehr politisch betätigen konnte — er war sicherlich an der Front viel brauchbarer als daheim. Jetzt aber ist er zurückgekehrt und beeilt sich, in dem Berliner Tageblatt der Alldeutschen über seine Auffassung vom deutschen Soldaten zu schreiben. In seiner an sich nicht unsympathischen Abhandlung steht der Satz:

„Solange der Soldat sich vorwärts bewegt, seinen Nachbar sieht und bei Anwandlung bleicher Furcht sich vor seinem Kameraden schämt, gilt das russische Soldatensprichwort: In der Masse stirbt es sich lustiger, und Mütterchen Rußland hat Söhne genug!"

Wir möchten annehmen, daß dieser rohe Spruch mehr eine Losung des Zarismus gewesen ist als eine Redensart der Soldaten. — Ueber die Stellung der deutschen Soldaten zum Friedensschluß erzählt Herr v. Liebert:

„Wenn man sich mit dem schlichten Soldaten über diese Frage unterhält, so ist selbstverständlich die erste Antwort: Ja, Frieden möchten wir alle recht bald haben. Fragt man dann etwas näher, unter welchen Bedingungen er sich denn den Friedensschluß denke, so wird die Antwort zögernder und unbestimmter, und es verlautet etwa: Ja, die näheren Bedingungen müssen andere Leute festsetzen, wir verstehen das nicht, ob wir Belgien und Kurland behalten wollen; das mögen Höherstehende bestimmen, aber unbedingt wollen wir als Sieger heimkehren, etwas anderes gibt es für uns nicht. Das ist die Stimmung an der Front."

Und mit einem kräftigen Fluch auf Flaumacher und Verständigungsphilister schließt der alte Reichsverbandsgeneral. — Wir bezweifeln nicht einen Augenblick, daß Herr v. Liebert glaubt, die Stimmung an der Front sei so, wie er sie darstellt. Aber das ist der Eindruck einer Exzellenz und eines kommandierenden Generals. Dafür mag er uns glauben: wenn man als einfacher Soldat mit dem einfachen Soldaten, Kamerad zu Kameraden, spricht, dann klingt es ganz anders und dann hört man Worte, die sich kein Eroberungspolitiker hinter den Spiegel stecken wird. Man kann eben ein guter General und doch ein schlechter politischer Psychologe sein.

Der nächste Krieg.

Die alldeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten" schreiben:

Der gefährlichste Feind des deutschen Volkes ist die Demokratie. Ihr wird unser Kampf gelten müssen, wenn die Waffen längst ruhen, und die weit hinausgerückten Grenzen des neuen größeren Deutschlands gesichert sind in einem deutschen Sicherungsfrieden — trotz des 19. Juli und seiner Reichstagsmehrheit.

Also, wenn England, Frankreich, Amerika, Rußland und so weiter geschlagen sind, dann geht es — im Namen des deutschen Volkes — mit Hurra gegen das deutsche Volk selbst.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Dienstag, 24. Juli.

Die Angst der Hamster. Im nächsten Versorgungsjahr ist geplant, jede Selbstversorgung aufzuheben. Alle Vorräte werden vom Reich beschlagnahmt und gleichmäßig verteilt. Man kann sich denken, daß diese Absicht mit vielen Unzuträglichkeiten aufräumt, unter denen wir leiden, vorausgesetzt, daß sie wirklich ganz und nicht wie die meisten Maßnahmen nur halb durchgeführt wird.

„Das darf es auf gar keinen Fall geben. Will man den Bauern alle Lust zur Arbeit nehmen, dann braucht man ihm nur seine Vorräte beschlagnahmen. Im nächsten Frühjahr wird er dann überhaupt alles liegen und stehen lassen."

Ein wohlgenährter Herr redet so auf der Straßenbahn. Einige Leute nicken beifällig.

„Das ist nicht so einfach, wie die Regierung glaubt. Sie muß dann in jeden Bauernhof einen Gendarmen stellen und immer ist noch nicht sicher, daß der Bauer wirklich alles Getreide abgibt."

Der Hinweis, daß er es ja nicht zur Mühle bringen kann, weil er dazu einen Mahlschein benötigt, wird stirnrunzelnd erwogen.

„Nein, es geht einmal nicht! Der Bauer muß doch arbeiten und wo wären wir, wenn wir unsere Landwirtschaft nicht hätten."

Ein junger Mann war bis jetzt still zugehorcht. Nun, meint er, es müßten doch auch andere Leute arbeiten und es sei noch nicht einwandfrei entschieden, welche Arbeit anstrengender sei, die des Bauern oder die des Granatendrehers.

„Womit sollten wir denn Granaten drehen, wenn die Arbeiter nichts zu essen hätten? Wir müssen doch zugeben, daß der Bauernstand für unsere Arbeit erst die Grundlage schafft."

Ein pfiffig blickender Herr hängt der Katze die Schelle um.

„Das ist alles Unsinn! Eigentlich kann man gar nichts dagegen sagen, wenn auch das Land rationiert und auf seinen Marken beschränkt wird. Aber was wird dann aus uns? Wir gehen doch alle hamstern und lachen uns ins Fäustchen, wenn wir was heimbringen. Das hört sich aber auf, wenn der Bauer rationiert ist. Eiermarken haben wir in der Stadt selber genug: Da brauchen wir nicht erst mit der Eisenbahn fahren."

Das Gespräch verstummt. Es war auch überflüssig, mehr zu sagen. Die nachdenklichen Gesichter zeigten deutlich, warum die geplante Aufhebung der Selbstversorgung so entschiedene Gegner unter den Städtern hat.

Nicht das Verständnis für Bauernart und Bauernarbeit, sondern die einfache Angst des Hamsters, dem die Wege verrammelt werden, ist der Grund.

Noch einmal die beantragte staatliche Unterstützung für die Eroberungsbestrebungen der Deutsch-baltischen Gesellschaft. In der Nr. 29 der „Lübeckischen Blätter" vom 22. Juli versucht Dr. W. abermals eine Verteidigung der Ziele dieser Gesellschaft gegenüber unseren Ausführungen. Er bezeichnet zunächst [illegible]

als einen springenden Punkt für die Annexion der russischen Provinzen das besondere lübeckische Interesse am baltischen Osten und meint im Anschluß daran, „man sollte sich doch auch in der lübeckischen Arbeiterschaft wenigstens völlig über die Höhe der Werte und Zukunftsmöglichkeiten klar werden, auf die man leichten Herzens verzichten zu können glaubt.“ Dr. W. befindet sich in einem merkwürdigen Irrtum, wenn er glaubt, daß wir überhaupt oder leichten Herzens auf etwas verzichten wollen. Unser Wille geht nur dahin, nichts zu nehmen, was uns nicht gehört. Wenn die deutschen Heere auch einen Teil dieser von der deutsch-baltischen Gesellschaft geforderten Lande besetzt halten, so gehört dieses Gebiet nach unserer Auffassung doch mindestens so zu seinem Mutterlande, wie die vom Feinde eroberten deutschen Kolonien, auf die wir nicht verzichten wollen, trotz unserer Stellung zur bisherigen Kolonialpolitik.

Gewiß sind die baltischen Ostseeprovinzen wertvoll, und kapitalistische Ausbeutung wird in ihnen ein weites Feld der Betätigung finden. Aber soll deshalb der Krieg weitergeführt werden? Die breiten Schichten der Bevölkerung, die Schwerstes erdulden und ungeheure Opfer an Gut und Blut bringen müssen, wenden sich jedenfalls scharf dagegen und die Mitglieder der Deutsch-baltischen Gesellschaft werden sich wohl kaum persönlich mit ihrem Leben dafür einsetzen.

Für den lübeckischen Handel waren die baltischen Provinzen vor dem Kriege von größter Bedeutung, obwohl oder vielleicht gerade weil sie russisch waren. Das ungeheure Hinterland hatte dort seine natürlichen Ein- und Ausfuhrgelegenheiten. Das wird auch nach Friedensschluß noch genau so sein und wir können keinen Grund erkennen, der die Häfen dann, wenn sie russisch bleiben, in ihrem Werte für den lübschen Handel schmälerte. Die Behauptung eroberungslüsterner alldeutscher Blätter, daß sie englisch werden und auf diese Weise Englands Seeherrschaft auf die Ostsee ausdehnen sollten, ist durch keine Tatsache bewiesen. Nach alledem liegt auch kein spezielles lübeckisches Interesse für die Annexionen der russischen Ostseeprovinzen vor, wenn man überhaupt im Strudel des Weltkrieges Kirchturmspolitik in Anwendung bringen wollte.

Zur Rechtfertigung der von ihm und der Deutsch-baltischen Gesellschaft propagierten „Angliederung“ des in Frage kommenden russischen Landes führt Dr. W. ferner an, daß während des Krieges den deutschen Kolonisten in Rußland „in völlig rechtswidriger und jedem einfachsten Rechtsempfinden Hohn sprechender Weise mehr als 70000 Quadratmeter Land glattweg geraubt“ seien. Wenn das richtig ist, so wird man es nur billigen können, daß bei den Friedensverhandlungen die geschädigten Ansiedler zu ihrem Eigentum kommen, aber daß man sich deshalb fremde Gebietsteile aneignen muß, wird man mit dem von Dr. W. zitierten „Rechtsempfinden“ schwer in Einklang bringen können. Ein Unrecht durch ein anderes zu vergelten, kann kaum als ein „billiger Ausgleich“ angesehen werden. Es müssen aber den Annexionisten eben alle Dinge zum besten dienen.

Dr. W., der begreiflicherweise von seinem Standpunkte aus keinen Gefallen an der Kriegszielresolution des deutschen Reichstages findet, meint, daß die Annexion von Kurland und Litauen nicht durch Vergewaltigung zu geschehen brauche, sondern eventuell durch Verständigung mit Rußland erfolgen könnte. Glaubt er wirklich daran, daß Rußland große und für seine Aus- und Einfuhr besonders bedeutungsvolle Provinzen uns gutwillig überlassen würde, ohne Zwang? Für so naiv halten wir ihn nicht. Deutschland würde in gleicher Veranlassung so ganz gewiß nicht handeln. Noch vor kurzem hat Bethmann-Hollweg ausgesprochen, daß Rußland von Deutschland einen ehrenvollen Frieden haben könne, der bei ihm keinerlei Stachel hinterlassen würde. Die Pläne der Deutsch-baltischen Gesellschaft sind damit nicht zu vereinbaren.

Allerdings sucht Dr. W. diese Pläne als minder weit ausholend hinzustellen, wie das von Landgerichtsrat Schrader geschieht, der die baltischen Provinzen annektieren will, damit Deutschland die Herrschaft über die Ostsee und die daran liegenden Länder erhält. Er beruft sich dabei auf die Satzung. Daß diese aber die Ablichten der Anschauungen Schraders ausschließt, ist daraus nirgend zu ersehen, nur war man klug genug, sie nicht wörtlich festzulegen. Herr Schrader hat das eben ausgesprochen, was manchem der Deutsch-baltischen Gesellschaftler als Ziel vor Augen schwebt.

Wenn Dr. W., nachdem er das Gleichnis vom Splitter und Balken in recht wenig glücklicher Weise in Anwendung gebracht hat, ausspricht, daß man die Deutsch-baltische Gesellschaft mit dem Vorwurf des uferlosen Annexionismus verschonen sollte, so liegt dazu wirklich kein Grund vor. Ihre Bestrebungen bilden einen bestimmten Teil der umfangreichen Eroberungsziele der Alldeutschen und tragen nur dazu bei, den Chauvinisten im feindlichen Lager Wasser auf ihre Mühlen zu leiten. Sie sind geboren aus dem kapitalistisch-imperialistischen Geiste, der in allen Ländern sein gerüttelt Maß von Schuld an der Weltkatastrophe trägt, die wir schaudernd miterleben. Und das Verlangen, dafür obendrein noch Gelder aus Mitteln des lübischen Staates zu bewilligen, die von allen Steuerzahlern aufgebracht werden müssen, fordert zu schärfstem Widerspruch heraus.

Inwieweit sind die Gegenstände aus Kupfer und Kupferlegierungen beschlagnahmt? Es ist nicht möglich, mit wenigen Worten zu sagen, welche Einrichtungsgegenstände aus Kupfer, Messing, Rotguß, Tombak oder Bronze der Beschlagnahme vom 20. Juni unterliegen und daher jetzt zu den vorgeschriebenen Uebernahmepreisen abgegeben werden können und sollten. Die Bekanntmachung darüber ist in Nr. 327 der „Lübeckischen Anzeigen“ (vom 15. Juli ds. Js.) erschienen und auch in blauer Farbe an den Anschlagsäulen und -tafeln zu ersehen. Freilich werden manchem beim Lesen des Verzeichnisses nebst den Erläuterungen noch Zweifel bleiben; insbesondere wird nicht jeder wissen, ob seine Gegenstände aus beschlagnahmtem Metall bestehen oder nur plattierte oder galvanisierte sind. In solchen Zweifelsfällen empfiehlt es sich, den Gegenstand oder einen Teil davon der Polizeikasse zur Begutachtung vorulegen, und, wenn diese ihn für betroffen von der Beschlagnahme erklärt, schleunigst Ersatz zu beschaffen und den Gegenstand abzuliefern, da er nach dem 31. August ohnehin zu geringerem Preise eingefordert werden wird. Gegenstände, die mit dem Gebäude fest verbunden sind, können auf Veranlassung der Polizeikasse auch an Ort und Stelle besichtigt werden. Die Auskunftszeit der Polizeikasse ist abends zwischen 6 und 7 Uhr werktäglich.

Kein ausländisches Fleisch im freien Verkehr. Neben dem von inländischem Vieh stammenden Fleisch, das im Kleinhandel den vorgeschriebenen Höchstpreisen unterliegt, kommen in verschiedenen Städten kleinere Mengen von Fleisch in den Handel, die aus dem Auslande zu teureren Preisen eingeführt wurden. Die dadurch entstehende Verwirrung hat nicht selten zu Schiebungen und berechtigter Unzufriedenheit der Bevölkerung Anlaß gegeben. Es ist nunmehr ein Uebereinkommen der beteiligten Stellen dahin erzielt worden, daß vom Auslande eingeführtes Fleisch und Fleischwaren anderweitig verwertet werden und im freien Verkehr des Kleinhandels nicht mehr erscheinen. Durch eine Verordnung des Reichskanzlers ist, um jede Unklarheit künftig auszuschließen, angeordnet worden, daß vom 1. August 1917 ab auch für (wirklich oder angeblich) aus dem Auslande eingeführtes Fleisch bei der Abgabe an Verbraucher keine höheren Preise als die für die Inlandsware gefordert werden dürfen.

Schaufensterdekoration und Geschäftsausstattung. Hierher gehörige Gegenstände, die aus Kupfer, Messing, Tombak, Rotguß oder Bronze bestehen, unterliegen, wie man uns von amtlicher Seite schreibt, der Beschlagnahme vom 20. Juni, können daher jetzt zu besonders vorteilhaften Bedingungen abgeliefert werden, während ihre spätere Einforderung zu ungünstigeren Bedingungen mit Sicherheit zu erwarten ist. Dasselbe gilt von den Zubehörteilen. Beispiele für beschlagnahmte Gegenstände dieser Art sind Abschraubösen, Zigarrenablagen, Dekorationsständer, Drahtständer, Gestelle und Halter, Handschuhstützkissen, Hutarme und Hutständer, Kartenständer und -halter, Metallständer, Metallbüstenspitzen, Messinghaken, Metallrahmen, Messingzahlplatten, Metallarme für Gasplatten, Metallarme für Schirme, Packtischgitter, Schirmhülsen u. dgl., Schlangenarme, Stecknadelschalen, Schaufenstergestelle nebst Zubehör, Verkaufsbehälter und Verkaufsapparate für Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade, Kaffeemühlenrichter, Konfektschalen, Konfektkörbe, Konfektkasten, Deckel von Standgläsern, Dekorationsränder, Dekorationsschalen, Dekorationsvasen und Abwiegeschaufeln. Die Metallannahme des Polizeiamtes im Schuppen 2 der Kaufmannschaft ist von 10 bis 1 und von 1/24 bis 1/27 Uhr geöffnet.

Heranziehung der Schuljugend zu landwirtschaftlichen, gärtnerischen usw. Arbeiten. Das stellv. Generalkommando schreibt uns: Den aus landwirtschaftlichen Kreisen wiederholt geäußerten Bedenken, Jugendliche als Landarbeiter, Gemüsebauer, Gärtner usw. zu beschäftigen, kann das stellv. Generalkommando angesichts der einlaufenden Berichte allgemeine Berechtigung nicht mehr zuerkennen. Für ihre vielseitige Brauchbarkeit gibt u. a. einen vollen Beweis der dem Generalkommando vorliegende Bericht des Kriegswirtschaftsamts Bremen vom 7. Juli d. Js. In Bremen wurden durch die auf Senatsbeschluß bereits im Frühjahr 1917 erfolgte Schließung der Klassen Obertertia bis Oberprime sämtlicher höheren Schulen 1140 Schüler für den vaterländischen Hilfsdienst frei. Von diesen waren Ende Juni nicht weniger als 915 in landwirtschaftlichen, gärtnerischen usw. Betrieben beschäftigt. In Staatsbetrieben (Post und Eisenbahn) arbeiteten 15, in kaufmännischem Gewerbe, industriellen Betrieben, als Boten und Schreiber 89, als Sanitäter und Pfadfinder in Belgien 26. Der kleine Rest von 95 entfiel auf inzwischen zum Heere Einberufene, vorübergehend Beurlaubte, Erkrankte. Selbstverständlich muß bei der Beschäftigung in der Landwirtschaft zunächst mit den noch nicht voll entwickelten Kräften gerechnet werden; dafür erscheint eine Eingewöhnungs- und Anlernungszeit von etwa 14 Tagen erforderlich. Da die Ernte bevorsteht, ist schnellste Anforderung bei den durch die Kriegswirtschaftsstellen telephonisch zu erfahrenden Vermittelungsstellen geboten. Hauptvermittelungsstelle Hamburg, Grindelallee 126 (Fernspr. 3, 311).

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Auf vielfachen Wunsch findet am Mittwoch eine zweite Aufführung des Dramas „Schuldig“ von Voß statt. Herr Direktor Hübener, welcher bei der ersten Vorstellung den unglücklichen Thomas Lehr darstellte, hat sich bereit finden lassen, auch in der Aufführung am Mittwoch in dieser Rolle aufzutreten. Wir machen auf diese Vorstellung nochmals aufmerksam. „Die Waise von Lowood“ aus der Feder der bekannten Schriftstellerin Charlotte Birch-Pfeiffer geht am Donnerstag neueinstudiert in Szene.

Straßendung. Das Polizeiamt schreibt: Es ist in letzter Zeit viel bemerkt worden, daß Dung aus den Straßen von Unberechtigten entnommen wird. Der Straßenkehricht ist vom Polizeiamt an den Unternehmer O. Longuet verpachtet. Ihm allein steht daher auch die Verfügung über den in den Straßen liegenden Dung zu. Es wird daher vor der unberechtigten Entnahme von Dung auf den Straßen gewarnt, da sich die Betreffenden dadurch einer strafrechtlichen Verfolgung aussetzen.

pb. **Gestohlene Handtasche.** Am Donnerstag, dem 19. dss. Mts. ist aus einem Ladengeschäft in der Holstenstraße eine braunledern: Handtasche enthaltend eine größere Menge Marzipan abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Geschädigte sichert für die Ermittelung des Diebes oder der Wiederherbeischaffung der Tasche eine Belohnung zu.

pb. **Verhaftet** wurde ein stellungsloses Dienstmädchen von hier, welches in einer hiesigen Mädchenherberge einer dort wohnenden Arbeiterin ein Portemonnaie mit 8 Mk. gestohlen hatte. Die Festgenommene wird ferner von der Staatsanwaltschaft in Charlottenburg wegen Strafverbüßung bereits gesucht.

Harburg. „Ihr Treiben grenzt an Landesverrat!“ So rief der Vorsitzende des Harburger Schöffengerichts dem Landwirt Peter Rehm aus Buchholz zu, der sich wegen Verheimlichung von Kartoffelvorräten zu verantworten hatte. Er hatte im Walde 45 Zentner Kartoffeln vergraben, auch bei der Bestandsaufnahme am 1. März 20 Zentner zu wenig angegeben. Als man sein Geheimnis entdeckte, wurden noch 37 Zentner gute Kartoffeln ausgegraben. Gegen das gelinde Strafmandat von 150 Mark legte er Berufung ein und erzielte eine Erhöhung der Geldstrafe auf 300 Mark. Von einer Freiheitsstrafe wurde wegen bisheriger Unbescholtenheit abgesehen. So lange die Gerichte solche Landleute, die die Not des Volkes in gewinnsüchtiger Absicht auf das Schamloseste ausnutzen, mit so verhältnismäßig geringen Geldstrafen davonkommen lassen, wird an dem skandalösen Zustande, daß die Landwirte ihre Erntevorräte verstecken, während die großstädtische Bevölkerung hungert, gar nichts geändert. Das sollte man nachgerade auch am Richtertische wissen.

Elmshorn. Großfeuer entstand Sonntag nachmittag in der Korn- und Getreidemühle von Peter Kölln am Hafen. Der sieben Stockwerke hohe Silo ist gänzlich heruntergebrannt. Glücklicherweise war der Silo nur zum kleinen Teil mit Haferflocken gefüllt. Auch die angrenzende Mühle geriet von der ungeheuren Hitze in Brand, doch gelang es dank des tatkräftigen Eingreifens der Feuerwehr, das Feuer auf den Boden zu beschränken. Die Müllerei-Maschinen im oberen Geschoß sind total verbrannt. Große Mengen Vorräte an Hafernährmittel wurden durch das Wasser beschädigt. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

Schwerin i. M. Durch ein Großfeuer ist in der Nacht vom Sonntag auf Montag das Großherzogliche Hausgut Schönkamp bei Neukalen heimgesucht worden. Der Schafstall, das Viehhaus und 2 massive Scheunen wurden in Asche gelegt. Mehrere hundert Schafe und einige Füllen kamen in den Flammen um.

Rostock. Vom Zug überfahren wurde bei Weißenstein zwischen Hornstorf und Wismar der ungefähr 79 Jahre alte einarmige Christian Müller aus Weißenstein. Er bemerkte, da er schwerhörig war, das Herannahen des Zuges nicht und überschritt das Geleise, wobei er von dem Zuge umgestoßen und überfahren wurde. Nach 1½ Stunden ist der Unglückliche seinen Verletzungen erlegen.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 23. Juli. (Amtlich.) In den nördlichen Sperrgebieten wurden durch unsere U-Boote wiederum 8 Dampfer und 4 Segler versenkt. Davon wurde ein Dampfer aus einem stark gesicherten Geleitzuge herausgeschossen. Die Ladungen der versenkten Schiffe bestanden, soweit sie festgestellt werden konnten, aus Kohlen, Holz und Lebensmitteln.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Amsterdam, 23. Juli. Reuter meldet aus Petersburg: Admiral Werderewsky, der Kommandant der Ostseeflotte, wurde verhaftet, weil er ein geheimes Regierungstelegramm dem Matrosen-Ausschuß mitgeteilt hatte.

Lugano, 23. Juli. Die bevorstehende Konferenz der Alliierten in Paris wird, nach dem „Corriere della Sera“, auch eine gemeinsame Kundgebung gegen die Rede des deutschen Reichskanzlers Dr. Michaelis vereinbaren und neben den Balkan-Fragen auch das russische Chaos behandeln.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß unser lieber Sohn und Bruder
Heinrich Wulff
am 14. d. Mts. den Tod fürs Vaterland erlitten hat.
In tiefer Trauer
Heinrich Wulff u. Frau geb. Läth.
Johanna Wulff.
Hans Wulff.
Willi Wulff. (1926

Am 21. Juli, abends 11½ Uhr, entschlief nach langem schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere liebe Mutter
Auguste Bülow
geb. Klampan
im 45. Lebensjahre. (1922
In tiefer Trauer
Thomas Bülow u. Kinder.
Die Beerdigung findet Freitag, den 27. Juli, 1½ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt.

Himbeer-Pflücker
gegen Lohn gesucht.
Montage Gr.-Parin. (1921

Nach längerem Leiden entschlief sanft unser lieber Sohn und Bruder
Hermann
im 16. Lebensjahre, betrauert von seinen Eltern und einzigem Bruder.
J. Gehrken und Frau.
Die Trauerfeier findet am Donnerstag 4 Uhr in der Vorwerker Friedhofskapelle statt. (1924

7 junge Legehühner
zu erfahren (1918
Brüderstr. 11, I.

Kundenliste.
Bitte nach Erhalt der Fleischkarten sich sofort eintragen zu lassen. 1923
Emil Gertz,
Schlachterei, Markt.

Großindustrie und Kriegswirkungen.
Von Richard Woldt
Preis 10 Pfg.
Buchhlg. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Feldpostbriefe
5 Briefbogen u. 5 Kuverts 10 Pfg.
Feldpostkarten
10 Stück 10 Pfennig
hält vorrätig
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Drucksachen aller Art
fertigt an
Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Lustige Blätter
Durch wundervolle Bilder und packenden Text
das humoristische Leibblatt
aller Feldgrauen und Daheingebliebenen!
Feldpost- und Probe-Abonnemente
monatlich nur Mark 1,40
bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.
Verlag der Lustigen Blätter in Berlin SW. 68.

Zirkus Gebr. Belli, Lübeck
Exerzierplatz, gibt
täglich Vorstellung.
Anfang 8 Uhr. 1917
Mittwoch, Sonnabend und Sonntag
2 Vorstellungen
4 Uhr und abends 8 Uhr. Es laden ein Gebr. Belli.

Deutscher
Bauarbeiter - Verband.
Zweigverein Lübeck.
Mitglieder-Versammlg.
am Mittwoch, dem 25. Juli
abends 8½ Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.
Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
3. Kartellbericht.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht (1919
Der Zweigvereinsvorstand.

Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr: (1920
Charleys Tante.

Sozialdemokratische Frauen.
Ausflug mit den Kindern
am Donnerstag, dem 26. Juli
nach dem Israelsdorfer Gehölz.
Treffpunkt 2¼ Uhr Burgtor bei der Normaluhr.
Abmarsch präzise 2½ Uhr.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
1927) Das Komitee.

Stadthallen-Sommertheater 1925
Dienstag, den 24. Juli 1917:
Gastspiel von Eva Cron vom Deutschen Theater, Hannover:
Jettchen Gebert.
Schauspiel v. Georg Hermann.
Mittwoch, den 25. Juli 1917:
Die Fahrt ins Glück.
Donnerstag, 26. Juli 1917:
Die Puppe.
Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Nr. 171
24. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag, den 24. Juli 1917

Die Sommerkämpfe in Ost und West.

Von Richard Gaedke.

Man muß immer darauf hinweisen, daß die Nachrichten, die wir über Zustände und Stimmungen in den feindlichen Völkern und Heeren erhalten, mit Vorsicht zu verwerten sind. Wir laufen sonst Gefahr, jene so falsch zu beurteilen, wie sie uns oft genug beurteilen, um später durch die Ereignisse überrascht zu werden. Das aber müßte dann auf unsere eigenen Wünsche, Hoffnungen, Stimmungen ungünstig zurückwirken. Je zurückhaltender und ruhiger wir die Lage der anderen beurteilen, desto besser werden wir unserem eigenen Volke dienen, und vor Enttäuschungen um so mehr bewahrt bleiben, je mehr wir uns gewöhnen, unsichere Nachrichten an den wenigen zuverlässigen Tatsachen immer wieder zu messen und überzuprüfen.

Ueber die Manneszucht des russischen Heeres, über seine Unlust zum Angriff, über seine durch Fahnenflucht und eigenmächtigen Urlaub arg verringerte Frontstärke waren die ungünstigsten, für uns also höchst angenehmen Nachrichten verbreitet. Sie waren sicher zum Teil für gewisse Monate zutreffend, zum Teil übertrieben, zum Teil Alarmschüsse der russischen Chauvinistenpresse und ihrer auswärtigen Verbündeten. Wir haben aber wieder einmal erfahren, daß solche Verhältnisse nicht dauernd sind und sich verhältnismäßig rasch ändern können. Das russische Heer hat seit den letzten Junitagen heftig und mit starken Kräften angegriffen, nach dem Zeugnis unserer Heeresberichte und der Kriegsberichterstatter vielfach die dreifache, hie und da die fünf- bis sechsfache Ueberlegenheit gegen unsere und unserer Verbündeten Truppen eingesetzt. Die Führung hat auch nicht nur einzelne Elitetruppen, sondern beträchtliche Teile des Südheeres mit sich fortzureißen versucht. Der Angriffsraum erstreckte sich schließlich von nördlich der Bahn Tarnopol—Zloczow über den Dnjestr hinüber bis zur oberen Bystrzyca Solotwinska auf einer Front von reichlich 120 Kilometern. Aber auch westlich Luzk und am mittleren Stochod ist gekämpft worden, an der Karpathenlinie, in Rumänien und an der unteren Donau hat sich eine stärkere Feuertätigkeit und Unruhe bemerkbar gemacht, die die Neigung zu Angriffen auch dort in Aussicht stellte. Schließlich haben die Russen auch in der Gegend von Dünaburg, von Smorgon und an der Schtschara allmählich eine zunehmende Rührigkeit entfaltet. Also auch bei ihren Nordarmeen herrscht keine zuverlässige Waffenruhe mehr. Militärisch ist es gleichgültig, mit welchen Mitteln es gelungen ist, die Kriegsunlust der Massen zu besiegen. Daß bei dem russischen Bauer, der zu 75 Proz. nicht lesen und nicht schreiben kann, keine Gründe der hohen Politik, der Vertragstreue, keine moralischen Erwägungen, noch weniger aber die imperialistischen Kriegsziele der Lwow und Kerenski verfangen haben, ist ohne weiteres klar. Auch unmittelbare Bestechung durch Geld kann nicht zum Ziele geführt haben, weil man bestechen immer nur einzelne kann, aber nicht Millionen. Man wird die Massen bei ihrem unmittelbaren persönlichen Nutzen gepackt haben, mit der Vorstellung, daß sie nur durch den Angriff zum baldigen Frieden zur Heimkehr auf ihre Scholle und zum eigenen Landbesitz gelangen könnten; und man wird sicher nicht vor Betrug zurückgeschreckt sein. Für uns sind die Mittel gleichgültig und nur die Wirkung von Bedeutung. Ob und wann eine Gegenwirkung eintreten wird, müssen wir noch immer abwarten. In dieser Beziehung dürfen wir nicht vergessen, daß der Ausgang der Kämpfe von den anderen mit anderen Augen angesehen wird als von uns. Ihre Heeresberichte schildern ihn anders, aber auch Tatsachen werden dort anders abgewertet als von uns. Nirgends mehr als im Kriege gilt das Zweiflerwort: „Was ist Wahrheit?“ Hat man doch in Italien die jüngsten Angriffe Cadornas am Isonzo und auf der Hochfläche der Siebengemeinden, die unglücklicher verliefen als alle früheren, vielfach als Siege gefeiert. Warum sollen die Russen die vierzehntägigen Kämpfe Brussilows in Ostgalizien von ihrem Standpunkt aus nicht gleichfalls als Erfolge ansehen? Bei Koniuchy und Brzezany hat er in der Tat eine Reihe von Vorteilen errungen. Seit dem Juli wurde der Angriff dann südlich des Dnjestr verlegt; es gelang dem dort befehlenden General Kornilow, die österreichisch-ungarischen Streitkräfte am 8. Juli über die Lwwka und am folgenden Tage über die Lukowica zurückzudrängen. Die Stadt Halicz wurde von ihnen genommen und damit die Verbindung mit dem nördlich des Dnjestr kämpfenden Truppen hergestellt. Am 10. Juli gingen die verbündeten Streitkräfte über die Lomnitza zurück und am 11. eroberten die Russen die Stadt Kalucz und folgten in breiter Front mit Vortruppen über die Lomnitza. Ihre weiteren Angriffe sind dann an dem Eingreifen deutscher Verstärkungen und zum Teil unter deren Gegenstößen gescheitert.

Augenblicklich scheint die russische Südwestfront durch ihre sehr hohen blutigen Verluste abgekämpft zu sein und neue Verstärkungen abzuwarten. Dafür hat sich, wie schon bemerkt, die Gefechtstätigkeit im Norden und im Süden lebhaft gesteigert. Nichts deutet darauf hin, daß der weitere Angriff endgültig aufgegeben sei. Nur die Opfer, die die bisherigen Kämpfe wieder gekostet haben, beeinträchtigen die Stimmung der russischen Massen und könnten schließlich ihre Unlust erneut steigern. Den Selbständigkeitsbestrebungen Finnlands und der Ukraine sollte man militärisch vorläufig keine ausschlaggebende Bedeutung beimessen, umsomehr, als noch nicht feststeht, daß letztere sich wirklich von dem Großrussentum staatlich loslösen und es seinem Schicksal überlassen will.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatze sind die großen Kämpfe noch nicht wieder aufgenommen worden. Unsere Heere aber haben an drei Stellen nennenswerte Erfolge erkämpft. Am 10. Juli erstürmten sie die englischen Stellungen an der flandrischen Küste und warfen den Gegner über die Yser zurück, der 1250 Gefangene in unseren Händen ließ. Seine Gegenstöße am 12. östlich Nieuport, in der Nacht vom 13. zum 14. und am 15. Juli bei Lombartzyde scheiterten. Der deutsche Erfolg bedeutet eine bessere Sicherung unserer Verteidigung an der flandrischen Küste. An der Aisnefront setzten wir am 14. Juli unsere Angriffe auf die französische Stellung längs des Damenrückens siegreich fort, indem wir südlich Courtecou (Westflügel) Gräben in 1500 Meter Breite und 300 Meter Tiefe erstürmten. Schon am 28. Juni hatten wir in der gleichen Gegend unsere Linien verschoben. Auch hier scheiterten die Rückeroberungsversuche des Gegners am 14. und 15. Juli. Endlich haben wir am 12. Juli an der bekannten Höhe 304 auf dem Westufer der Maas die Gräben erneut genommen, die die Franzosen am 8. Juli zurückerobert hatten. Vergebens sträubten sie sich am 14. Juli dagegen, diesen Verlust endgültig anzuerkennen.

Inzwischen aber hat die Feuertätigkeit an verschiedenen Fronten ganz erheblich zugenommen, zu schweren Kämpfen der beiderseitigen Geschützmassen geführt und sich zum Teil bis zum Vernichtungsfeuer gesteigert. Das gilt besonders für die englische Armee an der flandrischen Küste und im Raum zwischen Ypern und Armentieres. Doch ist auch an der Artoisfront eine Zunahme des Feuers bemerkbar, die mit stärkeren und schwächeren Erkundungsstößen des Gegners an den verschiedensten Punkten Hand in Hand geht.

Auch in der Westchampagne ist die französische Artillerie von neuem von erheblicher Kampfeslust erfüllt. Am 14. Juli hat dann ein starker Angriff gegen unsere Höhenstellung südlich Maurcy—Maronvillers (5 Kilometer Front) stattgefunden. Nach zweitägigen erbitterten Kämpfen konnten die Franzosen an ihrem linken Flügel auf dem Hochberge ihre Linien in unsere Gräben hineinschieben, während der Angriff im übrigen fruchtlos verlief.

Das ist noch nicht der Anfang eines neuen Durchbruchsversuches unserer beiden Gegner, aber man könnte einleitende Kämpfe einer neuen Offensive darin erblicken. Jedenfalls mahnt auch das wieder zur Vorsicht, die einzelnen Nachrichten über eine Verschiebung der feindlichen Offensive auf das nächste Jahr nicht als unbedingt zuverlässig zu betrachten. Bemerkenswert ist, daß die Tätigkeit der Fliegergeschwader hinter den Fronten auf beiden Seiten wieder beträchtlich zugenommen hat. Unsere Luftwaffe hat sich besonders Bahnstationen und Lager hinter der englischen Front in Flandern und hinter der französischen Front in der Westchampagne zum Ziele gewählt. Das sind wiederholt Vorboten größerer Kämpfe gewesen.

Lloyd Georges Antwort an den deutschen Reichskanzler.

Wir haben gestern nach Reuter einen kurzen Auszug aus der Rede des englischen Ministerpräsidenten bei der Jahresfeier der belgischen Unabhängigkeit gebracht, die — wie recht häufig solche Auszüge — in keiner Weise ein klares Bild über die Ausführungen Lloyd Georges gaben. Wir geben deshalb nachstehend einen ausführlichen Bericht über die Rede wieder:

Wir sind heute hier am Jahrestage der Unabhängigkeitserklärung eines Volkes versammelt, das der Unabhängigkeit Europas unvergängliche Dienste geleistet hat. Die Welt wird die Dienste, die Belgien dem internationalen Recht geleistet hat, niemals vergessen. Die Hälfte der großen Schlachten der letzten Jahrhunderte sind auf Ihrem Boden geschlagen worden. Belgien ist der Torweg zwischen den Mittelmächten und dem Westen. Ein moderner Staatsmann hat den Plan gefaßt, Belgien, wenn ich mich so ausdrücken darf, außerhalb der Schranken zu stellen und so die Freiheiten Europas zu bewahren, indem es dem angriffslustigen Frankreich unmöglich gemacht wurde, Deutschland zu zerstören, und dem angriffslustigen Deutschland, Frankreich zu vernichten. Der belgische Neutralitätsvertrag war einer der Schlußsteine des europäischen Rechtes. Belgien war der Torwächter europäischer Freiheit, das höchste, schwerste, gefährlichste Amt, das je einem Volke übertragen wurde. Di eBelgier haben ihre Pflicht gegen Europa treu und loyal erfüllt.

Ich möchte ein geschichtliches Schriftstück zitieren, das einen Teil der Weltgeschichte bildet, die Antwort der belgischen Regierung auf das deutsche Ultimatum. Nichts stellt klarer nicht nur die Pflicht Belgiens gegen Europa, sondern auch die Art und Weise fest, wie Belgien diese Pflicht erfüllt hat. „Hätte die belgische Regierung den ihr gemachten Vorschlag angenommen, so hätte sie die Ehre der Nation geopfert und ihre Pflicht gegen Europa verraten.“ Eine große Antwort! Und in großartiger Weise ist sie gehalten worden. Welcher Art war der deutsche Vorschlag? Es war der Vorschlag eines Mörders, der sich einem Manne nähert und ihm sagt: „Oeffne mir Deine Tür, damit ich Deinen friedlichen Nachbar berauben kann. Was für ein Gemüt müssen die Männer besitzen, die jemandem eine solche Gemeinheit vorschlagen. Belgien als ehrenwertes Volk wies den Vorschlag mit Verachtung zurück, und sein Name wird für ewig in der Weltgeschichte groß dastehen. Aber Belgien litt dafür, daß es seine hohe Pflicht und sein hohes Amt erfüllte. Es litt unter der ungezügelten Wildheit des Eroberers, der Männer, die in Frankreich und Belgien Greuel begangen haben, wie Attila sie nicht raffinierter ausdenken konnte, der Seepiraten, die unbewaffnete Handelsschiffe und Passagierdampfer versenken und Frauen und Kinder ertränken. Ihre Wut fand drei Jahre lang ihren Mittelpunkt in Belgien. Drei Jahre der Unterdrückung, der Erniedrigung, der Sklaverei, der Furcht und Todesangst. Aber, endlich wird Belgien größer sein, als es je gewesen ist. Sein Opfer wird seine Erziehung sein, seine Standhaftigkeit seine Erlösung. Wie sein heldenmütiger König sagt: „Ein Land, das sich selbst verteidigt, wird von allen geachtet. Dies Land wird nicht untergehen.“ Selbst drei Jahre der Todesangst sind nicht lang im Leben einer Nation und die Erlösung Belgiens kommt sicher, aber wenn sie kommt, muß die Erlösung eine vollständige sein. Frankreich schuldet ihm das, England schuldet ihm das, Europa schuldet ihm das, die Zivilisation der Welt schuldet ihm das, daß Belgiens Erlösung vollkommen ist, wenn sie kommt.

Aber was haben wir unterdessen? Einen neuen Kanzler in Deutschland. Die Junker haben den alten Kanzler mit seinem „Fetzen Papier“ in den Papierkorb geworfen und da liegen sie Seite an Seite. Wir werden nicht lange zu warten haben, bis das Junkertum folgen wird. Welche Hoffnungen für den Frieden findet sich in seiner Rede? Ich meine, für einen ehrenvollen Frieden, den einzig möglichen Frieden. Es ist eine geschickte Rede, eine Rede, die sich nach allen Seiten wendet. Sie enthält Sätze für die, die ernstlich den Frieden wünschen, viele Sätze, aber es sind Sätze darin, die die militärischen Kreise in Deutschland verstehen werden, Sätze, über die Sicherung der deutschen Grenzen. Das sind Sätze, mit denen Elsaß-Lothringen annektiert worden ist, das sind Sätze, die seit 1914 Europa mit Blut getränkt haben, das sind Sätze, die, wenn sie es wagen können, Belgien und Kurland annektieren werden. Das sind

Bäuerin und Gräfin.

Von Theodor Mügge.

6. Fortsetzung.

Selten betritt jetzt jemand dies Gemach, sagte Rudolf; in der ersten Zeit nach dem Tode meiner Mutter war jedoch mein Vater oft tief in der Nacht hier. Man bemerkte Licht, bemerkte einen Schatten, der sich auf und nieder bewegte und hörte zuweilen Musik, das hat zu manchen Gerüchten Anlaß gegeben.

Grausenvoll, Cousin! aber Musik muß hier vortrefflich klingen. Das hohe weite Zimmer mit seiner düstern Holztäfelung und der tiefen Nische dort, die so schwarz aussieht wie ein Sarg, ist für Musik und Gespenster wie gemacht. Doch lassen Sie uns gehen, denn dies ist ein heiliger, geweihter Ort.

Rudolf schlug das Instrument auf und bat sie zu bleiben. Der gute Geist, der hier einst wohnte, sagte er, umschwebt uns vielleicht noch heute, und wie wird er sich freuen, wenn die Melodien aufwachen, die so lange darin geschlafen haben.

Babette kam jetzt mit dem Major herein, der sogleich sagte: Ich habe den Kasten da lange nicht gesehen, aber keiner kennt ihn besser als ich, denn durch meine Hände ist das teure Spielzeug hierher gekommen. Keine drei Jahre vorher, ehe die Gräfin starb, schenkte es ihr der Graf zu ihrem Geburtstage. Von Paris ließ er es kommen und ich bezahlte das Geld. Heidenmäßig kam's zu stehen, das alte wäre noch lange gut gewesen, wurde aber um ein Spottgeld verkauft.

Sie haben es gekauft, Herr Major, sagte Babette.

Richtig, Bäbli, ich kauft's, weil's durchaus gleich auf der Stelle fort sollte, und hab' ein paar Batzen dabei verdient. Der reiche Oberst Kurtz hat es noch, all seine acht Töchter haben darauf spielen gelernt und sind mächtige Talente geworden. Der teure Kasten hier hat niemandem was genutzt.

Warum kauften Sie ihn nicht ebenfalls? fragte Lydia ergötzt.

Ich wollt's tun, und der Graf hätte kaum die Hälfte von seinem Gelde verloren, aber solche Herren verstehen nichts von praktischen Gesichtspunkten. Es mußte stehen bleiben wo es stand, sollte nicht veräußert werden, und so steht's da und verzehrt Zinsen und Kapital.

Wache auf, du edler Geist! rief Lydia, indem sie mit einigen akroamatischen Läufen über die Saiten fuhr. Wache auf und jage die Wechsler und Taubenhändler aus deinem Tempel! Sie setzte sich nieder und begann zu spielen. Der Flügel war von vorzüglicher Güte, und obwohl so lange Zeit außer Gebrauch, doch unbedeutend verstimmt. Der Legationsrat suchte aus einem großen Notenstoße einige Musikstücke klassischer Opern heraus, Etuden und Symphonien konnte Lydia auswendig, und sie spielte so meisterhaft und mit solcher Innigkeit und mit solchem Feuer, daß der Baron mit wiegendem Kopf und entzücktem Lächeln neben ihrem Stuhl aus Stadien enthusiastischer Bewunderung durchmachte. In der schwarzen Nische auf dem Sopha streckte sich dagegen der Major aus und machte die Augen zu, Fräulein Babette saß neben ihm und strickte, am Fenster aber lehnte Graf Rudolf, den Kopf in seine Hand gestützt, über den See fortstarrend, als wären seine Gedanken weit entfernt.

Köstlich! rief der Baron endlich, himmlisch! göttlich! Ich habe Sie lange nicht so gehört, es war ein bezaubernder Genuß. Ja, die wahre Musik ist zaubermächtig, ich begreife, wie Orpheus den ganzen Orkus damit einschläfern konnte.

Er lächelte dabei zu dem Grafen hin, dem Lydia, die aufgestanden war, sich näherte. Sie haben genug davon, nicht wahr, Cousin? fragte sie ihn.

Sie spielen besser, als ich es zu beurteilen vermag, erwiderte er.

Aber was tun wir nun, was verstehen Sie?

Sehr wenig, Cousine Lydia. Wollen Sie mit einer Bolzenbüchse oder mit Pistolen schießen? Oder Billard spielen, oder wollen wir im Garten Kaffee trinken und dann auf den See hinausfahren in meinem Segelboot?

Wir wollen alles versuchen, Cousin, und ich glaube im voraus, daß Sie überall ein Meister sind. Spielen Sie oft Billard?

Wenn ich zu Haus bin, täglich. Mein Vater spielt selbst noch zuweilen und findet Unterhaltung am Zusehen.

Wer aber spielt mit Ihnen, wenn er zusieht?

O, gewöhnlich Babette. Sie ist ein gefährlicher Gegner, man muß sich vor ihr in acht nehmen.

Das glaube ich gern, lachte Lydia beistimmend. Ich bitte Sie, meine liebe Babette, lassen Sie uns sehen, wer die Partie gewinnt.

4.

Nach einigen Tagen hatte sich das Gleichgewicht des Lebens in dem Landhause hergestellt und eine gewisse Ordnung festgesetzt, nach welcher sich die Gesellschaft regelte. Am Vormittage tat jeder, was ihm beliebte oder was nötig war. Der alte Herr stand spät auf und kam erst zum Vorschein, wenn die Sonne alle Nebel und Dünste fortgeschafft hatte. Dann wurde ein Frühstück im Gartensaale oder im Garten selbst aufgetragen, bei dem es außer Speisen und Getränken auch mancherlei geistige Genüsse gab. Der alte Herr hielt eine Anzahl Zeitungen, schweizerische, deutsche und französische, welche jeden Morgen samt den neuesten Büchern und Schriften aus der Stadt gebracht wurden und dann den Tisch bedeckten. In allen wurde gelesen und geblättert, die vorhandenen Neuigkeiten mitgeteilt und gestritten, gespottet und gelacht, so lange Lust, Stoff und Zeit dazu vorhanden war. Gewöhnlich zeigte sich Rudolf am wenigsten geneigt, viel zu lesen und lange auszuhalten, oder den Gesprächen seines Vaters mit dem Baron dauernde Teilnahme zu schenken, obwohl sie zuweilen interessant genug waren. Die beiden Herren kannten nicht allein die Verhältnisse der Tagesgeschichte sehr genau, sie kannten auch die verschiedenen Beweggründe und die vornehmsten Leiter und Führer der damaligen Kabinettspolitik. Als Diplomaten standen sie ohne Zweifel auf sehr verschiedenen Standpunkten, allein, das hinderte sie nicht, mit der größten Höflichkeit über Personen und Zustände ihre Meinungen auszutauschen. Der Legationsrat war der entschiedenste Gegner sogenannter Freisinnigkeit und spöttelte über alles, was danach schmeckte. Der alte Herr dagegen zeigte sich als konstitutioneller Aristokrat mit noblen Grundsätzen, wie sie ein geborener Pair hat. Wenn Rudolf sich davon machte, und Fräulein Babette ihr Hauswesen bestellte, dauerten die pikanten Mitteilungen zwischen den beiden Herren noch einige Zeit, ehe sie mit einer scherzhaften Wendung abgebrochen wurden. Der Baron ging dann in die Bibliothek, oder er betrachtete Gemälde, die ihm besonders gefielen, oder er schrieb Briefe, machte Toilette und endlich Promenade, bis die Zeit zum Diner da war. Drei Tage vergingen also in ziemlicher Gleichmäßigkeit, denn Besuch aus der Stadt fand sich nicht ein; es kam niemand als der Major Murhard, welcher regelmäßig jeden Abend erschien, wenn er aus seinem Geschäft kam, das eine halbe Stunde entfernt am Seeufer lag, und so lange blieb, bis es dunkel wurde. Seine Gesellschaft wurde dem feinfühlenden Baron fortgesetzt lästig und schon um dessentwillen hätte er diesen Ort je eher je lieber verlassen mögen; allein, da er bestimmt wußte, daß dies nicht möglich sei, ertrug er mit der Beherrschung des vollendeten Weltmannes, was sich nicht ändern ließ. Lächelnd beobachtete er in diesen drei Tagen das Benehmen der Gräfin Lydia, und so viel er daran zu tadeln hatte, hütete er sich doch vor jeder Spötterei oder jedem Anlaß, der sie zu Streit oder Verteidigung herausfordern konnte.

Wenn der junge Graf sich vom Frühstückstisch davon machte, weil er, wie er sagte, allerlei Geschäfte abzutun hatte, begleitete ihn Lydia, und sobald er zurückkehrte, war sie bei ihm. Sobald sie eine Stimme im Garten hörte, oder der ungeschlachte Hund ihn durch Gebell ankündigte, war sie am Fenster und empfing ihn mit ihren Neckereien und Schmeicheleien. Gräfin Lydia war keine Putz- und Modeheldin, allein sie gehörte doch zu den eleganten Frauen, deren Anzug von dem feinsten Geschmack zeugt; jetzt jedoch schienen ihr alle ihre Gewänder nicht einfach genug zu sein. Sie kam täglich in demselben ältesten und unscheinbarsten Reisekleid zum Vorschein, das sie besaß, ließ, zum Schrecken ihrer Kammerfrau, ihr Haar in den schlichtesten glatten Scheitel kämmen und verbannte allen Schmuck.

(Fortsetzung folgt.)

Sätze, die Europa wieder im Laufe der Generationen in ein Blutbad stürzen werden, wenn diese Sätze nicht auf den Schlachtfeldern ausgerottet werden. Die Rede enthielt Sätze für demokratisch gesinnte Männer. Der Kanzler wollte Männer aus dem Reichstag berufen, um mit der Regierung zusammen zu arbeiten. Männer aller Parteien sollten sogar Aemter erhalten. Das war für das demokratische Gefühl in Deutschland bestimmt. Aber die Rede enthielt Sätze, um die Junker zufrieden zu stellen. Sätze, die die anderen bedeutungslos machten. Es soll keine Partei geben, die imperialistische Rechte hat. Ja, sie werden Männer aus dem Reichstage zu den Aemtern berufen, aber es werden nicht Minister, sondern Schreiber sein.

Es ist die Rede eines Mannes, der die militärische Lage im Auge behält. Das sollen sich die Alliierten Rußland, England, Frankreich, Italien und alle anderen merken. Es ist eine Rede, die durch die Verbesserung der militärischen Lage verbessert werden kann, und wenn die Deutschen im Westen gewinnen, wenn sie im Osten die russische Armee zerstören, wenn ihre Freunde, die Türken, die Engländer aus Mesopotamien vertreiben, und wenn die U-Boote mehr Handelsschiffe versenken, dann bedeutet diese Rede, das können Sie mir glauben, Annexionen ringsherum und festere Begründung der militärischen Autokratie denn je. Wenn aber andererseits die Deutschen im Westen zurückgetrieben und im Osten geschlagen werden, und wenn ihre Freunde, die Türken, in Bagdad einen Mißerfolg haben, und wenn die U-Boote auf dem hohen Meere ein Fehlschlag sind, dann ist die Rede gerade recht. Wir müssen alle dazu helfen, eine gute Rede aus ihr zu machen. Sie enthält Möglichkeiten, eine ausgezeichnete Rede zu werden. Stehen wir dem Kanzler bei, leihen wir dem neuen Kanzler unsere Hilfe, seine Rede zu einem wirklichen Erfolge zu machen! Augenblicklich aber bedeutet sie, daß die Militärpartei gewonnen hat. Ich möchte die Erklärung, die ich vorher gemacht habe, in anderer Form wiederholen. Was für eine Art Regierung die Deutschen wählen, um über sie zu herrschen, das geht einzig das deutsche Volk selbst an, aber was für einer Art Regierung wir vertrauen können, um Frieden mit ihr zu schließen, das ist unsere Sache. Die Demokratie hat keine Bürgschaften für den Frieden. Wenn wir sie in Deutschland nicht erhalten können, dann müssen wir uns andere Bürgschaften als Ersatz dafür sichern. Die Rede des deutschen Kanzlers zeigt nach meiner Meinung, daß die leitenden Stellen in Deutschland augenblicklich sich für den Krieg entschieden haben. In jener Rede ist keine Hoffnung für Belgien, es wird nicht einmal erwähnt. Die Ausdrucksweise der Rede ist voller Drohungen für Belgien. Sie sichert die deutschen Grenzen. Sie nimmt Metz und Straßburg weg und wird Lüttich nehmen und Antwerpen unter Aufsicht stellen. Das ist kein erfreuliches oder gutes Vorzeichen für Belgien. Aber das ist nötig, damit die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands gesichert werden. Es bedeutet, daß selbst, wenn sie Belgien wiederherstellen, die Wiederherstellung Lug und Trug sein wird.

Die Alliierten sind entschlossen, daß Belgien als freies unabhängiges Volk wiederhergestellt werden muß. Wir dürfen nicht nur ein vom preußischen Schwert zerrüttetes Belgien haben. Das Szepter muß belgisch sein, die Scheide muß belgisch sein und die Seele muß belgisch sein.

Ich habe die Rede gelesen, wie es meine Pflicht war.

Ich habe sie einmal, zweimal, dreimal gelesen, um irgend etwas in ihr zu finden, woraus ich Hoffnung für das Ende des blutigen Kampfes schöpfen könnte. Und ich finde in ihr eine falsche belgische Unabhängigkeit, eine falsche Demokratie für Deutschland und einen falschen Frieden für Europa. Und ich sage, Europa hat nicht Millionen seiner tapferen Söhne geopfert, um den Boden, der durch ihr Blut geheiligt ist, nur zu einem Heiligtum für Lug und Trug zu machen. Der Kanzler versucht, sein Volk aufzustacheln und zu ermutigen, indem er es mit Illusionen berauscht, und Deutschland wird finden, daß seine neuen Hoffnungen genau so Illusionen gewesen sind, wie die anderen, die sich zerstreut haben. Ein Kampf von sechs Wochen, das ist vorbei. Eine Umgehung der Blockade durch Oeffnung des Weges nach Bagdad, um zu den Hilfsquellen der Welt zu gelangen, das ist vorbei. Wo sind die Zeppelinangriffe? Und jetzt sind es die Türken und die U-Boote. Beide sind gleich barbarisch und passen gut zueinander.

Die U-Boote sollen England kampfunfähig machen. Wegen der U-Boot-Angriffe können wir, nach dem deutschen Kanzler, nicht mehr viel länger aushalten. Nun, ich bin traurig, ihm zu Beginn seiner Laufbahn eine Enttäuschung bereiten zu müssen, aber die Wahrhaftigkeit zwingt mich, es zu tun. Langsam aber sicher steigern wir unsere Produktion und vermindern unsere Verluste zur See. Im April hoffte man, es werde geradezu ein Triumph sein. Sie können auf ihn zurückblicken, als auf den Lorbeer-Monat der schwarzen Flagge. Seit damals hatten wir auch noch die längeren Tage, die unsere Schwierigkeiten auf hoher See außerordentlich vermehrten. Aber obgleich unsere Befürchtungen für diese Sommermonate groß waren, haben wir langsam unsere Verluste vermindert. Obgleich wir nur drei Wochen des Monats Juli hinter uns haben, so finden wir, wenn wir diese drei Wochen mit den entsprechenden drei Aprilwochen vergleichen, daß wir nicht halb so viel Schiffe verloren haben, wie im April.

Das ist nicht alles. Unser Schiffbau ist während der letzten zwei Jahre in verhängnisvoller Weise heruntergegangen. Aber dieses Jahr werden wir viermal so viel Schiffe fertigstellen, als letztes Jahr. Ich möchte dem deutschen Kanzler folgende Tatsachen vorlegen, um ihm beizustehen, seinen eigenen Erklärungen die richtige Auslegung zu geben. In den zwei letzten Monaten dieses Jahres werden wir soviel Schiffe fertigstellen, wie wir in den ganzen zwölf Monaten des letzten Jahres fertiggestellt haben. Sechsmal so viel Schiffe! Wir sind ein langsames Volk. Wir nehmen nicht sehr schnell etwas auf, aber wir sind ziemlich schwer zu schlagen, wenn wir anfangen, und ich denke, die Deutschen haben unseren Verstand, unseren Fleiß und unsere Entschlossenheit unterschätzt. Die verminderten Verluste und die vermehrte Erzeugung werden die Lücken ausfüllen.

Aber sie werden uns aushungern! Sie haben es gesagt! Sie haben ihr verdrehtes Volk mit derartigen Behauptungen aufgemuntert. Sie sagen, daß wir, weil wir jetzt in Bedrängnis sind, in kurzer Zeit nichts übrig haben werden. Ich bedauere, es noch mal tun zu müssen, aber ich muß die Wahrheit sagen. Ein Mann, der Premierminister ist, ist verpflichtet, das zu tun. Weit entfernt, daß wir verhungern, sind unsere Lebensmittelvorräte, denk der Berechnungen des Lebensmittelkontrolleurs und des Schiffahrtskontrolleurs, während der letzten paar Monate für 1917/18 bereits gesichert. Natürlich bei gehöriger Sparsamkeit. Ich denke nicht, daß das Ziel unseres Landes seine Nation verhungern soll. Die Versorgung ist gesichert auf der Grundlage des gegenwärtigen Verbrauchs, der nicht gesteigert werden darf. Wir treffen jetzt Vorkehrungen für einen Inhaber, der die Lebensmittel für 1918 führen wird, selbst wenn unsere Schiffsverluste monatlich. Das sind ziemlich ermutigende Tatsachen! Wir müssen sie aber erwähnen. Wir haben unsere Einfuhr sehr wesentlich — um mehrere Millionen Tonnen — eingeschränkt, um an Schiffen zu sparen. Das Volk unseres Landes hat bisher noch nicht Entbehrungen gegenübergestanden, die mit denen vergleichbar werden könnten, die die deutsche Bevölkerung für zwei Jahre erduldet hat, und glauben Sie wirklich, daß das britische Volk weniger fähig ist, Opfer für seine freien Einrichtungen zu bringen? Und dieses Opfergut haben wir als Reserve, wenn die Ernte des Jahres 1918 mißrät. Ich möchte nicht, daß sie irgendwelche falschen Illusionen hegen, daß sie Großbritannien kampfunfähig machen werden, bis die Freiheit in der ganzen Welt wieder hergestellt ist.

Aber, sagt Michaelis, Amerika hat keine Schiffe, in der Tat, und keine Armee, und wenn es eine Armee hätte, dann hätte es keine Schiffe, sie über's Meer zu schaffen, und so sagt er den Deutschen: Sorgt Euch nicht zu sehr um Amerika. Er kennt Amerika nicht. Er kennt Amerika gerade so wenig, wie die Deutschen England kennen. Und sie machen genau denselben Fehler betreffs Amerika, den sie betreffs Großbritannien gemacht haben. Sie sagten, wir würden nicht kämpfen und wenn wir kämpfen wollten, könnten wir nicht. Wir hätten keine Armee, wir könnten keine aufstellen und sie brauchten sich um Großbritannien nicht zu sorgen. Ich denke, sie haben ihren Irrtum, was uns anbetrifft, eingesehen, und jetzt machen sie denselben Fehler betreffs Amerikas durch. Ich möchte ihnen folgendes sagen: Wenn England, ein nicht sehr großes Land, eine Armee von Millionen im Felde und in Reserve erhält, ausrüstet und noch Ausrüstung herstellt, während sich die Armee in vollem Kampf befindet und während es die größte Flotte der Welt unterhält, wenn England selbst im dritten Jahre eines erschöpfenden Krieges sich so organisieren kann, daß es Millionen Tonnen neuer Schiffe fertig stellen kann, wird dann Amerika mit einer zweimal so großen Bevölkerung wie unser Land mit unendlichen natürlichen Hilfsmitteln, geschlagen werden, nur weil es sie nicht verwerten kann? Ein Mann, der so redet, kennt Amerika nicht. Andernfalls würde er das nicht sagen. Ich sage voraus, es ist selbst in Friedenszeiten ein gefährliches Ding, etwas vorauszusagen, aber im Kriege, wenn die Wechsel so stürmisch sind, ist es noch viel gefährlicher, aber ich sage voraus, es wird nicht lange dauern, bis Michaelis, wenn er es noch erlebt, anderer Meinung werden und eine andere Rede halten wird. Und das ist das eine, worauf wir warten und wofür wir kämpfen.

Die Ziele werden täglich klarer. Belgien hat sie mit sicherem Instinkt in der ersten Stunde des Kampfes erkannt. Sie haben nicht mißverstanden, was dieser Konflikt für Frankreich, für England, für Europa, für die Welt, für die Menschheit, für alle kommenden Generationen bedeutet. Es ist Ihr Ruhm, daß Sie den richtigen Schluß gezogen haben. Eine große deutsche Zeitung hat kürzlich gesagt, daß die Deutschen für die Freiheit und Unabhängigkeit ihres Vaterlandes kämpften. Das ist niemals wahr gewesen. Es ist heute weniger wahr denn je. Je freier Deutschland ist, je unabhängiger es ist, desto mehr gefällt es uns. Die Feinde der Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands sind seine eigenen Regierenden und nicht die alliierten Mächte. Wir ziehen ein freies Deutschland vor, wir könnten mit einem freien Deutschland Frieden schließen, aber mit einem von der Autokratie beherrschten Deutschland können wir unter gar keiner Bedingung Frieden schließen. Als sie gegen die vielleicht verkommene, geistesenge Autokratie im Osten fochten, hatten sie einen hübschen Vorwand für derartige Aufrufe an das eigene Volk; nach dem, was sich ereignet hat, haben sie keinen mehr. Rußland ist nicht nur eine große Demokratie geworden, die nicht für Ausdehnung ihres eigenen Gebietes kämpft, es hat geradezu erklärt, daß es bereit ist, einem Volke, das sich einst unter der russischen Flagge befand, die Freiheit zu gewähren. Seither ist der letzte Schatten eines Vorwandes für Deutschland völlig verschwunden, daß es für seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfe, selbst wenn es ihn je besessen hätte. Es ist jetzt ein Kampf zweier bestimmter Gruppen geworden. Die eine: eine demokratische Gruppe, — die andere: Völker, beherrscht von einer militärischen Autokratie, Deutschland, Oesterreich, die Türkei und König Ferdinand von Bulgarien als geeigneter Genosse. Es ist ein Wechsel eingetreten, ein bedeutungsvollerer Wechsel, als die Ersetzung Bethmann-Hollwegs durch Michaelis, das ist der Wechsel, der vor einigen Stunden von dem glänzenden jungen russischen Staatsmanne verkündet worden ist, von dem Manne, dessen Geist die russische Militärmacht wiederhergestellt und wieder belebt und der die Führerschaft der russischen Demokratie übernommen hat. In dem kommenden großen Kämpfen im Osten und Westen muß jeder deutsche Soldat in seinem Herzen wissen, daß, wenn er fällt, er für die militärische Autokratie fällt, im Kampfe gegen einen Bund freier Völker. Andererseits weiß jeder belgische, jeder französische und russische Soldat, daß er sein Leben wagt für die Freiheit und Unabhängigkeit seines Geburtslandes. Jeder englische, jeder amerikanische und jeder portugiesische Soldat weiß, daß er Seite an Seite ficht mit den anderen für das Völkerrecht und für Gerechtigkeit in der ganzen Welt. Und diese wachsende Ueberzeugung gibt mehr noch als das Bewußtsein unserer großen, unverbrauchten Hilfsmittel, ihnen allen den Mut, gibt uns den Mut, bis zum Ende zu kämpfen, da wir voll und ganz wissen, daß die Zukunft der Menschheit zu erhalten und zu verteidigen unsere Aufgabe ist.

*

Daß sich in den letzten Sätzen wieder viel englische Selbstüberhebung und Einbildung zusammenfindet, braucht nicht hervorgehoben zu werden, der englische Soldat kämpft nicht weniger für die kapitalistisch-imperialistischen Interessen als der irgend eines anderen Landes, aber im ganzen scheint uns die Rede des englischen Ministerpräsidenten, nachdem sie im Wortlaut vorliegt, doch den Wunsch nach Frieden recht deutlich zu verraten. Deshalb ist es bedauerlich, daß der Reichstag nicht mehr zusammen ist, um dem englischen Staatsmanne zu sagen, daß die leitenden Stellen in Deutschland nicht für die Fortsetzung des Krieges sind, daß Lloyd George da ein Trugbild aufbaute, um die eigenen widerstrebenden Landsleute und die Verbündeten bei der Stange zu halten, was offenbar immer schwerer wird.

Ernährungsfragen.

Bereitwillige Hilfe der Konsumenten.

Daß die Durchführung der vielen Verordnungen und Maßnahmen nicht so befriedigend funktionieren kann wie im Frieden, ist begreiflich. Sind doch vielfach die besten und geschultesten Beamten zum Heeresdienst einberufen. Hilfskräfte können nicht gleiches leisten. Es scheint aber, daß man diese Tatsachen zu sehr in den Vordergrund stellt, und den Beamtenmangel nun für alle Mängel und Mißstände als Entschuldigung benützt. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat sich bereit erklärt, Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen, die z. B. beim Nachprüfen von Bestandsaufnahmen und anderen Hilfeleistungen Vortreffliches leisten würden. Man überlassen einmal den Konsumenten das Revidieren der Keller und Haushaltungen, man verwende sie zum Abfangen der Schieber und Hamster auf Bahnhöfen, oder man ziehe sie heran zur Kontrolle von Lebensmittelgeschäften. Ausgestattet mit den nötigen Vollmachten würden diese Personen zweifellos gute Dienste leisten können und manches herausholen, was sonst nie dem öffentlichen Verbrauche zugeführt würde. Daß der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen die richtigen Leute mit den nötigen Kenntnissen und mit Verantwortungsgefühl vorschlagen würde, daran ist nicht zu zweifeln.

Merkwürdiges zur Ernteschätzung.

Unter dem Regiment der preußischen Landräte ist es üblich, die Abschätzungsbezirke in der willkürlichsten Weise zusammenzustellen bezw. zu trennen. Es wird dadurch regelmäßig verhindert, daß Gemeindeäcker und Gutsländereien, mögen sie auch noch so schön nebeneinander liegen oder durcheinander geschachtelt sein, in einen Bezirk kommen. Ein noch merkwürdigeres Bild aber ergibt sich, wenn man wahlweise die Zusammenstellung der Erntebezirke und die Ernteschätzer betrachtet. Da ergibt sich nämlich, daß die Bauern- und Gemeindeäcker meist von einem einfachen Gemeindevorsteher geschätzt werden, während den Gutsbezirken die Schätzung durch einen standesgemäßen Rittergutsbesitzer vorbehalten bleibt. Der Laie wird glauben, daß z. B. Gemeindevorsteher Lehmann, der die Gemeinden Blankenfelde, Diedersdorf, Großkienitz und Kleinkienitz schätzt, auch am besten wissen müßte, was auf den Grundstücken derselben Ortschaften wächst. Aber für diese letztere Begutachtung ist ein Rittergutsbesitzer und Rittmeister R. zuständig. Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen hat sich im Vorjahre vergeblich bemüht, vom Landratsamte des Kreises Teltow die Gründe dieser sich stets wiederholenden Maßnahmen zu erfahren. Sie sind anscheinend so besonderer Art, daß sie in dem mehrmaligen Schriftwechsel nicht einmal andeutungsweise begründet werden konnten.

Aus der Partei.

Für die Parteiversöhnung. Vorstand und Vertrauensleute des Wahlkreises Nürnberg-Altdorf haben einstimmig beschlossen, der am Mittwoch stattfindenden Parteiversammlung den nachstehenden Antrag für den Würzburger Parteitag vorzulegen: Im Bewußtsein der unbedingten Notwendigkeit einer ungebrochenen Front — eine Notwendigkeit, die für die kommenden schweren Kämpfe der Arbeiterschaft auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Boden Voraussetzung jeder erfolgreichen Wirksamkeit ist — fordert der Parteitag alle Genossen auf, den Willen zur Parteieinheit zu stärken und diesem Willen alle anderen Gegensätze zu unterwerfen. Nur so kann dem sinnwidrigen Zustande ein Ende bereitet werden, daß unsere Bewegung, die immer Ausdruck eines auf die Zukunft gerichteten Strebens war, sich um etwa verscherzte Gelegenheiten der Vergangenheit zankt und um diesen Zank auf dem Sprung steht, wichtige Gegenwarts- und Zukunftsmöglichkeiten der Arbeiterschaft zu verspielen. Eine Partei, die für die Verständigung der Völker wirkt, und für den Frieden der Nationen eintritt, darf nicht um Wege und Mittel verlegen sein, in die eigenen Reihen einheitlichen Sinn und Willen, unbeschadet der abweichenden Auffassungen im Einzelfall, zu bringen. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Zeit, den Parteistreit beizulegen, indem das große Ziel unserer Bewegung wieder ins Gesichtsfeld der Massen gerückt wird — — die einheitliche Aktion der Proletarier aller Länder! In diesem Sinne beauftragt der Parteitag alle Parteiorganisationen und vor allem die Parteipresse und den Parteivorstand, bei günstiger Gelegenheit zu handeln.

Gewerkschaftsbewegung.

Das internationale Gewerkschaftssekretariat. Wie bekannt, befindet sich das Sekretariat des internationalen Gewerkschaftsbundes in den Händen Legiens in Berlin. Bald nach Kriegsausbruch errichtete Legien ein Zweigbureau in Amsterdam, um den Gewerkschaften der kriegführenden Länder Gelegenheit zu geben, den Verkehr mit einander und mit dem Gewerkschaftssekretär durch Vermittlung des neutralen Hollands aufrecht zu erhalten. Der Sekretär des französischen Gewerkschaftsbundes, Leon Jouhaux, verlangte jedoch die Uebertragung des Sekretariats nach einem neutralen Lande. Sein Zweck war, die leitende Stellung der deutschen Gewerkschaften in der Internationale zu beseitigen. Der Sekretär des englischen Gewerkschaftsbundes, Appleton, schloß sich diesem Verlangen an und begründete es durch chauvinistische Redensarten von der deutschen Barbarei usw. Hingegen waren sämtliche internationale Gewerkschaftsorganisationen der neutralen Länder Europas sowie der mit Deutschland verbündeten Länder für die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist ebenfalls der Ansicht der Neutralen, da statutengemäß nur ein internationaler Gewerkschaftskongreß das Recht habe, über eine derartige Maßregel Beschlüsse zu fassen, und die Abhaltung eines derartigen Kongresses sich vorläufig — trotz aller Bekämpfungen Legiens — als unmöglich erwiesen habe. Bei der letzten Weihnachtskonferenz des französischen Gewerkschaftsbundes in Paris war auch ein Schweizer Delegierter anwesend, dem es gelang, die französischen Gewerkschaften für einen internationalen Gewerkschaftskongreß zu gewinnen, wo auch die Frage der Uebertragung des internationalen Sekretariats zur Erledigung kommen soll. Wir haben darüber seinerzeit in dem Berichte über die Weihnachtskonferenz der französischen Gewerkschaften das Wesentliche mitgeteilt. Unbestimmt war die Haltung des englischen Gewerkschaftsbundes geblieben. Wie jetzt Leon Jouhaux in der „Bataille" vom 14. Juli berichtet, fand unlängst die Jahreskonferenz des englischen Gewerkschaftsbundes in Chester statt. Die Frage der Abhaltung eines internationalen Gewerkschaftskongresses und der Uebertragung des internationalen Sekretariats von Berlin nach einem neutralen Lande, bildeten den Gegenstand längerer Diskussionen und es wurde beschlossen, diese Angelegenheit vorher einer Gewerkschaftskonferenz der alliierten Länder zu unterbreiten. Die Franzosen erklärten sich mit diesem Beschluß einverstanden.

Aus Nah und Fern.

Eine zeitgemäße Anregung. Ein Parteigenosse schreibt der „Münchener Post": Am 1. August werden es drei Jahre, daß die aktiv gediente Mannschaft im Kriegsdienst steht. Zwei Jahre aktive Zeit, bei der Kavallerie sogar drei Jahre, macht fünf und sechs Jahre Dienstzeit. Dabei kommen bei den Landwehrmännern drei bis vier Uebungen mit mindestens je 14 Tagen. Ich glaube, daß es darum eine ganz zeitgemäße Forderung wäre, allen Leuten, die so lange dienen, die Unteroffizierlöhnung zu geben. Wenn man bedenkt, daß eine ganze Reihe in den Bureaus verwendeter ungedienter Landsturmleute zu Unteroffizieren befördert wurde, so wäre es wohl sehr angebracht, endlich auch die Verdienste jener anzuerkennen, die keine Protektion haben oder sich durch eine Beschwerde unbeliebt gemacht haben. Vielfach liegt die Sache auch so, daß der einzelne Mann durch den vielen Wechsel innerhalb der Kompagnien und Regimenter gar nicht die Möglichkeit hat, befördert zu werden. In der Hauptsache werden ja die Spezeln des Feldwebels befördert. Aber auch andere Umstände spielen mit. — Die Anregung verdient sicher volle Beachtung. Wenn, was naheliegend ist, nicht alle Mannschaften mit den vielen Dienstjahren befördert werden können, so sollte man ihnen wenigstens die höhere Löhnung gewähren. Zu dieser Frage Stellung zu nehmen, ist Aufgabe des Reichstages.

Drei Kinder vom Blitz erschlagen. In Ludwikowo bei Samter erschlug ein Blitz drei Kinder, die unter einem Baum Schutz gesucht hatten.

Bergmannslos. Aus Duisburg, 23. Juli, meldet ein Drahtbericht: Auf Zeche „Westende" traten schlagende Wetter auf. Drei Bergleute wurden getötet, sechs verletzt.

Der Mord an Jaurès. Aus Genf wird berichtet: Der Mörder des Abgeordneten Jaurès, Raoul Villain, hat an den Vorsitzenden des Pariser Schwurgerichts ein Schreiben gerichtet, in dem er bittet, seinen Prozeß während der nächsten Session endlich zur Verhandlung zu bringen. Während seiner dreijährigen Haft seien bereits zahlreiche seiner Entlastungszeugen gestorben und der Aufenthalt im Gefängnis untergrabe seine Gesundheit, so daß seine Verteidigungsmittel mit jedem Tage mehr entwertet würden.

Zusammenstoß zweier Dampfer. „Petit Parisien" meldet aus Algeciras: Infolge Nebels ist der italienische Dampfer „Europa" (8000 Tonnen) mit einem ungenannten Dampfer aus Glasgow zusammengestoßen, der in wenigen Minuten sank. Acht englische Matrosen sind umgekommen. Der italienische Dampfer erlitt schwere Beschädigungen, konnte jedoch Gibraltar erreichen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Gelesene Nummern des „Volksboten"

bitten wir nicht wegzuwerfen, sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, für sein Parteiblatt zu werben.